

# Volkswacht

für Schlesien · Organ für die werktätige Bevölkerung

Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 5 mal mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Rundfunk“, „Sozialistische Literatur-Rundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ und der monatlichen Beilage „Junge Kämpfer“ und ist durch die Haupt-Expedition Furtstraße 4/6, durch die Buchhandlung der „Volkswacht“, Neue Graupenstraße 3, Matthiasstraße 100, sowie durch alle Ausdräger zu beziehen. — Bezugspreis im voraus zu entrichten wöchentlich 0,37 Rml. + 6 Pf. Trägerlohn = 0,43 Rml., monatlich 1,55 Rml. + 35 Pf. Trägerlohn = 1,90 Rml. Durch die Post einschließl. Zustellungsgebühren 2,26 Rml.

Anzeigenpreis: Je Millimeter für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien 14 Pf. auswärts 12 Pf. Anzeigen unter Text 10 Pf. Familienanzeigen, Stellenangebote, Stellengesuche, Vereins-, Versammlungs- und Wohnungs-Anzeigen 10 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort 3 Pf., das fette Wort 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Furtstraße 4/6 oder in den Zweigstellen abgegeben werden. — Fernsprech-Anschluss: Geschäftsstelle Nr. 217 37 und 217 39, Redaktion Nr. 217 38. Postfachkonto: Breslau 58 52. Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Filiale Breslau.

Einzelnummer 10 Pf.

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2 — Unverlangt eingesandte Manuskripte werden nur zurückergeben, wenn Rückporto beiliegt

Einzelnummer 10 Pf.

43. Jahrgang

Freitag, den 19. Februar 1932

St. 42

## Die deutschnationale Korruption in Pommern

### Der Sonntag zu den Schiebungen und dem Terror des Landbundes Die zweite Sparverordnung bestätigt

Breslau, 18. Februar.

Der Preussische Landtag trat am Donnerstag zu der letzten Sitzung seiner Februarsitzung zusammen, in der eine umfangreiche Tagesordnung zur Erledigung stand.

Zunächst beschäftigte sich das Haus mit Interpellationen und Anfragen der sozialdemokratischen Fraktion über die Korruptionsercheinungen im pommerschen Genossenschaftswesen und über einen Antrag des pommerschen Landbundes zur Bildung einer sogenannten Not- und Schlichtungsgemeinschaft. Die Interpellationen werten der pommerschen Landwirtschaftlichen Hauptgenossenschaft und der pommerschen Spiritusverwertungsgesellschaft vor, sich jahresweiser Weise an dem deutschnationalen Verlag „Pommersche Reichspost“ beteiligt zu haben, wodurch höhere Preise von Genossenschaftsmitgliedern entstanden seien. In einem Antrag wird gegen das Verlagsunternehmen, das gegen Interpellationen und Angelegenheiten der pommerschen Hauptgenossenschaft „schlechte Schiebungen“ gefällig worden sei. Die Regierung wird ersucht, darauf hinzuwirken, daß das Urteil einer Revision unterzogen werde, um einem Urteil Platz zu machen, das dem öffentlichen Rechtsbewusstsein entspreche, und geeignete Maßnahmen zu treffen, damit endlich die Korruptionsstände in den pommerschen landwirtschaftlichen Genossenschaften unterbunden werden. Ein weiterer Antrag verlangt Vorkehrungen dagegen, daß Gelder der pommerschen Spiritusverwertungsgesellschaft für parteipolitische Zwecke Verwendung finden. Ein dritter Antrag ersucht die Regierung den Terror des pommerschen Landbundes, der in einer Aufforderung an seine Mitglieder, Zahlungen in einer ganz bestimmten Reihenfolge zu leisten, um Zwangsversteigerungen zu verhindern, gesehen wird, mit allen Mitteln zu bekämpfen.

Hg. Sartorius-Stettin (Sos.) begründet die Anträge. Bereits im August 31 habe die Staatsanwaltschaft ein Verfahren gegen die Direktoren der pommerschen Hauptgenossenschaft wegen Unterschleife mit Einfuhrzöllen eingeleitet. In der Hauptverhandlung sei festgestellt, daß durch diese Schiebungen das Reich um 176 000 Mark geschädigt worden sei. Das Geldtrafenurteil gegen die Täter, die der Avantgarde Husenbergs und Hitlers gehörten, werde in der Öffentlichkeit als unbefriedigend bezeichnet. Bei diesem Antrag habe sich gezeigt, wie die meisten aussehenden, die das jetzige Regime bekämpfen, die, wie der deutschnationale Herr von Rohr beim Volksbegehren sagte, vom „erwachenden Bewußtsein“ sprächen. Schieber seien diese Leute und „sagt nichts“. Ein besonderer Korruptionsfall habe sich durch ein Schreiben enthüllt, das der Landesvorsitzende des deutschnationalen Landesverbandes Pommern, v. Bismark, an die Rittergutsbesitzer gerichtet habe. Darin heißt es, der Landrat v. Bismark habe mit den leitenden Verantwortlichen der Spiritusverwertungsgesellschaft Rücksprache genommen. Diese sei bereit, selbst unter großen Schwierig-

keiten eine einmalige Heberweisung für das Jahr 1932 an den Landesverband der Partei zu ihren Lasten vorzunehmen. Eine genaue Kalkulation habe ergeben, daß es notwendig ist, daß für je 100 zu liefernde Liter Spiritus 10 Bfg. Sonderbeitrag bezahlt werden müßten. „Von uns aus“, so heißt es in dem Schreiben weiter, „können wir selbstverständlich die Berechnung für Ihre Spiritusmenge und damit die Berechnung der Beitragssumme nicht vornehmen. Dieses will liebenswürdigerweise das Büro der Spiritusverwertung übernehmen.“ Auf diese Weise seien Reichsgelder, die die Spiritusgesellschaft erhalte, der deutschnationalen Partei angelassen. Es liesse hier auch nicht etwa ein Einzelfall vor, sondern

ein System schimmiger Korruption.

So habe nämlich die deutschnationale Partei Pommerns auch bei den Reichstagswahlen 1928 einem Vertreter der Spiritus-Interessenten ein höheres Mandat auf der Reichsliste gegen Zahlung von 40 000 Mark überlassen. Den Gipfel deutschnationaler Sabotage bedeute ein Rundschreiben des pommerschen Landbundes, das zur Bildung einer Schlichtungsgemeinschaft auffordere und unter Terrorandrohungen zu erreichen bestrebe, daß erst hinter allen anderen Ausgaben die Steuern entrichtet würden. Das Rundschreiben eines pommerschen Kreislandbundes lasse die Steuern und Ausgaben sogar erst hinter den Landbund- und Parteibeiträgen rangieren. (Hört! Hört! Hört!) Auch der pommersche Landbund habe sich hierdurch der Auf- forderung zur Verlegung der bestehenden Besetze schuldig gemacht, wie dies schon andere Landbünde getan hätten. Der hierzu vor- gelegte Antrag der SPD. verlange Bekämpfung des Terrors des Landbundes mit allen Mitteln. Die deutschnationalen Land- bundsführer wollten zwar dem Staat die Steuern verweigern, ver- langten aber gleichzeitig immer größere finanzielle Unterstützung vom Staat.

Viele pommerschen Kreise könnten infolge der gemein- schaftlichen Steuerabgabe der Deutschnationalen und der Landbändler nicht einmal mehr die Unter- kühlung an die Wohlfahrtsvereine zahlen.

(Hört! Hört! bei den Sos.) und richteten Hilferufe an die preussische Regierung. Es sei daher grobe Demagogie, wenn man „das System“ für die Schwierigkeiten verantwortlich mache. Mit Ausnahme eines Falles in Mecklenburg-Strelitz habe sich in Deutschland bisher kein Staatsanwalt ge- funden, der gegen die staatsgefährliche Steuer- sabotage und den Terror vorgegangen wäre. Nicht einmal die Burekratie in Pommern schäme die Heinen Landwirte vor dem Terror der Deutschnationalen die Regierung zu den Korruptionsfällen der Deutschnationalen nur sehr milde Erklärungen abgegeben, die nicht genügen. Die Regierung müsse endlich mit harter Hand zugreifen, wie es die SPD. in ihren Anträgen im Interesse der schaffenden Bauern fordere. (Beifall bei den Sos.)

Hg. von Rohr (Dnat.) weist die Angriffe des Vortragners

auf Angehörige des pommerschen Landbundes zurück und richtet seinerseits Angriffe gegen Finanzminister Klepper.

Hg. Kirchmann (Sos.): Der Abgeordnete von Rohr sei gar nicht berechtigt, für die deutschen Bauern zu sprechen. Was solle man davon halten, wenn er u. a. gesagt habe, die ganze Dörflichkeit sei nichts als eine wilde Dörferei. Die Gewerkschaften würden die Bestrebungen des Landbundes zu vereiteln wissen, die auf eine Senkung der Landarbeiterlöhne auf den Vorkriegsstand abzielten. Der Redner wirft dem Abgeordneten von Rohr wiederholt Unwahrhaftigkeit und Unethisch- keit vor. (Unruhe und Zurufe bei den Deutschnationalen.)

Die Aussprache wird zur Vornahme der Abstim- mungen über die zur zweiten preussischen Sparverordnung ge- stellten Anträge unterbrochen. Die Anträge der Deutschnationalen, der Deutschen Fraktion und der Kommunisten auf Aufhebung der Sparverordnung werden mit den Stimmen der Regierungspartei abgelehnt. Mit dem gleichen Stimmverhältnis wird beschloffen, die zweite Sparverordnung zur Kenntnis zu nehmen. Annahme finden Anträge des Hauptausschusses, worin das Staatsministerium ersucht wird, im Falle des Entstehens weiterer Spar- bzw. Spar- verordnungen dem Landtag und Staatsrat vor Erlass derselben Gelegenheit zur Mitarbeit zu geben, sofern nicht zwingendes Reichsrecht daran hindert; im Falle der Aufhebung der staats- lichen Kunstakademien in Breslau, Königsberg i. Pr. und Kassel dort je einige Meisterateliers bestehen zu lassen. — Beim Abschnitt „Pädagogische Maßnahmen“ wird der Aus- schussantrag angenommen, der die Regierung auf- fordert, an Stelle der aufgelösten Hochschule für Leibes- übungen in Spandau eine Zentralfstelle für Leibesübungen in Berlin-Moabit zu schaffen.

Der deutschnationale Antrag, die Simultanakademie in Frankfurt a. Main aufzulösen, wird gegen die Stimmen der Deutschnationalen, kleiner Rechtsparteien und des Zentrums ab- gelehnt; der zweite Teil des deutschnationalen Antrages, der für die Simultanakademie eine weitere evangelische Akademie auf- recht erhalten wolle, wird ebenfalls abgelehnt und zwar gegen die Stimmen der Deutschnationalen und der Deutschen Volks- partei, sowie kleine Rechtsgruppen.

Anträge des Verfassungsausschusses, die auf deutsch-volksparteiliche Anträge zurückgehen und die Regierung ersuchen, den Erlass des Kultusministers über die Planwirtschaft im mittleren und höheren Schulwesen erst dem Landtag vor- zulegen, ehe eine Entscheidung erfolgt, sowie einen Nachweis über die Zahl der abgebauten Studienassessoren vorzulegen, werden in namentlicher Abstimmung mit 257 Stimmen der Rechtsparteien, des Zentrums und der Staatspartei gegen 133 Stimmen der Linken angenommen. Annahme mit großer Mehrheit findet auch ein Entschuldigungsantrag der Regierungsparteien, der die Re- gierung ersucht, beim Vorliegen besonders schwerwiegender Härten bei Zwangspensionierungen der Lehrer nach den neuen Vor- schriften Beihilfen zu gewähren.

Zum Kapitel Verwaltungsreform wird der Aus- schussantrag angenommen, der die Regierung ersucht, bei der Neuordnung auf die spätere Reichsreform Bedacht zu nehmen, vor Entscheidung die örtlichen usw. Zustände nach Mög- lichkeit zu hören und die Leistungsfähigkeit der Verwaltungs- beamteten entscheidend sein zu lassen. Beim Kapitel „Gehalts- kürzungen“ findet Annahme ein Antrag der Staatspartei, zu verhindern, daß die Einkommen der staatlichen Angestellten und Arbeiter unter den Stand vom 10. Januar 1927 gesenkt werden. Hinsichtlich der Beamten wird der staatsparteiliche Antrag in der Ausschussfassung angenommen, wonach die Regierung die preussischen Sparverordnungen alsbald so ändern soll, daß jede Schlechter- stellung der preussischen Beamten gegenüber den Reichsbeamten beseitigt wird. Auch soll die Kollage der Stellenlosen Lehrpersonen und Schulamtsbewerber, durch geeignete Maßnahmen behoben werden.

Hinsichtlich des Antrages „Gewerbeamt“



Sonntag, 21. Februar, 15 Uhr (nicht 16 Uhr)

Kundgebung im Messehof:

Wir wollen kein Blutregiment!

Es sprechen Reichstagsabgeordneter Reichstagsabgeordnete  
 Wilhelm Solmann Marie Juchacz  
 Reichstagsabgeordneter  
 Walter Kolb

Karten für die Kundgebung sind für die Mitglieder zum Preise von 25 Pf. und für Nichtmitglieder 10 Pf. bei den Organisationsstellen zu haben.



Unter und Herzogtümer" wird der Ausdrucksantrag be-  
stätigt, worauf die Aufhebung von neun Gewerkeauswärtigen  
und vier Bergrenten dann rückgängig gemacht werden sollen,  
wenn durch die Aufhebung eine Verminderung der Arbeitneh-  
merschichten erfolge würde. Die Entwürfe über die Aufhebung der  
Kulturbauämter werden an den Hauptauschuss zurück-  
verwiesen.  
Bezüglich der Abstimmungen über die Pädagogischen Ma-  
nahmen ist festzustellen, daß es bei den Beschlüssen der Regierung  
bleibt, daß also von den fünfzehn geplanten Akademien nur sechs  
aufrechterhalten werden.  
Damit sind die Abstimmungen beendet. Das Haus legt die  
Ausprüche über die sozialdemokratischen Entwürfe wegen an-  
derer Korruptionsercheinungen im pommerischen Genossenschafts-  
wesen fort.  
Abg. Grobis (Komm.) nimmt gegen die Unterfertigung von  
Landbündelverträgen durch öffentliche Mittel Stellung.  
Abg. Grömel (Staatsp.) erklärt, der Abg. von Köhr habe  
mehreremal eine ungläubliche überhöhlte Tonart angeschlagen.  
Dabei läßt er die Deutschnationalen selbst im Glasstafeln, wie  
die Korruptionfälle bewiesen. Ihr Geschrei gegen das System  
verhalte sich auch nicht mit dem Verkauf des Gebäudes der  
"Kammerischen Reichspost" an die freien Gewerkschaften.  
Nach einem Schlusswort des Abg. Hartwig-Stettin (Soz.)  
werden die Entwürfe der Ausschussberatung überwiesen.  
Die Interpellationen werden für erledigt erklärt.

**Protest gegen den Rechtsbruch Litauens im Memelland**  
Auf der Tagesordnung steht dann der deutschnationale  
Antrag über die Verletzung der Memelland-

konvention durch die litauische Regierung. Der  
Verfassungsausschuss, der sich am Mittwoch abend mit  
dem Antrag beschäftigt hat, schlägt seine Annahme in einer  
Besitzung vor, wonach das Staatsministerium ersucht wird, sofort  
auf die litauische Regierung einzuwirken, alle nur möglichen Maß-  
nahmen gegenüber der litauischen Regierung anzuordnen, um dem  
vergewaltigten Deutschtum im Memelland zu seinem Rechte zu  
verhelfen.  
Abg. Wegmann (Soz.) betont, daß der Antrag über den  
Parteitakt weit hinausgehe. Er sei ein Protest des Deutschtums  
gegen die schwere Verletzung der bestehenden Verträge im  
Memelland durch Litauen, das das Deutschtum unterdrücke. Die  
Sozialdemokraten seien grundsätzliche Gegner aller Gewalt-  
maßnahmen.  
Abg. Witzel (Zit.) stellt mit Genugtuung fest, daß das  
deutsche Volk einzig sei in den flammenden Protest gegen die  
abscheuliche Gewalttat Litauens an den deutschen Brüdern im  
Memelland.  
Weiter sprechen die Abgeordneten v. Plehwe (Dnat.), Schulz-  
Neudlin (Komm.), Steffens (DVP.) und Goldau (Landvolk).  
Abg. Grömel (Staatsp.) weist auf das Deutschtum der  
memelländischen Bevölkerung hin und spricht der musterghiltigen  
Haltung der deutschen Repräsentanten im Memelland seine Be-  
wunderung aus.  
Unter Ablehnung des kommunistischen An-  
trages auf Austritt Deutschlands aus dem  
Völkerbund wird der Antrag des Verfassungsausschusses  
gegen die Kommunisten angenommen. Der Landtag vertagt sich  
auf Dienstag, den 1. März.

Prozent der Gesamtstärke festzusetzen, der nicht überschritten  
werden darf.  
16. Die Luftfeststellungen können grundsätzlich in dem  
gegenwärtigen Umfang bestehen bleiben. Jedoch sollen die  
feststellungen, die natürliche Wasserströme betreffen, vermin-  
dert werden, um allen Nationen die freie und unbehinderte Durchfahrt  
durch diese Wasserströme zu ermöglichen.  
**III. Luftstreitkräfte**  
Um die Durchführung des Verbots jeglicher militärischer  
Luftfahrt unter allen Umständen sicherzustellen, ist unter anderen  
zu unterlegen:  
a) jede Ausbildung und Fortbildung irgendwelcher Person  
in der Luftfahrt, die einen militärischen Charakter oder  
Zweck hat;  
b) jede Ausbildung und Tätigkeit von Wehrmachtangehörigen  
in der Zivilluftfahrt;  
c) Luftfahrzeuge zu bauen, zu halten, einzuführen, oder  
Verkehr zu lassen, die in irgendeiner Weise gepanzert oder  
geschützt sind oder die mit Einrichtungen zur Aufnahme von  
Kriegsmaschinen jeder Art, wie Kanonen, Maschinengewehre,  
Torpedos, Bomben oder mit Wasser- oder Abwehr-  
einrichtungen für solche Kriegsmaschinen versehen sind;  
d) die Unterhaltung irgendwelcher militärischen Zwecke  
dienender Beziehungen zwischen Militär- und Marine-  
verwaltung und der Zivilluftfahrt.  
17. Die Unterhaltung jeglicher Luftstreitkräfte wird ver-  
boten. Das gesamte bisher im Dienst, in der Reserve oder an  
Lager befindliche Material der Luftstreitkräfte ist zu zerstören,  
mit Ausnahme der Waffen, die auf die den Land- und Seestreit-  
kräften zugehörigen Bestände übernommen werden.  
18. Das Anwerben von Kampfmitteln jeder Art aus Luft-  
fahrzeugen, sowie die Vorbereitung hierfür ist ohne jede Ein-  
schränkung zu unterlegen.  
**IV. Allgemeine Bestimmungen**  
19. Das Verbot der militärischen Verwendung von Stroh-  
gas, Giftgas oder ähnlichen Gasen und allen ähnlichen Flüssig-  
keiten, Stoffen oder Verfahren sowie aller Mittel des Bakterien-  
krieges wird auf die Vorbereitung der Verwendung dieser Kampf-  
mittel ausgedehnt.  
20. Die Ein- und Ausfuhr von Kriegswaffen und deren  
Munition sowie von Kriegsgeschütz ist grundsätzlich zu verbieten.  
Jedoch muß für diejenigen Staaten, die nicht in der Lage sind,  
die für sie erforderlichen Mengen an Waffen, Kriegsgeschütz und  
Munition herzustellen, die Möglichkeit sichergestellt werden,  
erforderlichen Mengen aus dem Ausland zu beziehen.  
21. Die Herstellung von Kriegswaffen und Munition sowie  
von Kriegsgeschütz darf nur in bestimmten privaten und staatlichen  
Fabriken oder Werkstätten erfolgen, die der Öffentlichkeit bekannt  
zu geben sind. Die Regierungen verpflichten sich, durch geeignete  
Maßnahmen sicherzustellen, daß die Produktion nicht die Menge  
übersteigt, die für sie und zur Ausfuhr an Staaten, die  
Rüstungsindustrie zugelassen sind.  
22. Entsprechend dem in Artikel 8 der Völkerbundsverträge  
enthaltenen Verbot der Völkerbundsmittglieder, in be-  
offenen und erschöpfenden Weise alle Auskünfte über den  
Stand der Rüstungen auszutauschen, muß sich der Austausch der  
Rüstungsangaben auch auf die Rüstungsausgaben erstrecken.  
23. Die Durchführung und Einhaltung der Rüstungs-  
bestimmungen ist durch ein für alle Staaten gleiches Verfahren  
der Überwachung sicherzustellen.  
**V. Übergangsbestimmungen**  
24. Soweit die Durchführung der vorstehenden Bestim-  
mungen technischer oder organisatorischer Art notwendig  
macht, wird die Konferenz über das Verfahren und über die  
Zeitpunkt Bestimmungen festzusetzen haben, nach denen sich die  
einzelnen Staaten bei der Ueberführung ihrer heutigen  
Rüstungen auf den der Konvention entsprechenden Rüstungsstand  
zu richten haben.  
Die Rede des deutschen Hauptdelegierten auf der Abrüstungs-  
konferenz Kadowitz wurde von der mächtig besetzten Be-  
sammlung mit höflichem Beifall aufgenommen. Die Vorschläge  
selbst bildeten für niemanden eine Ueberraschung.

# Der deutsche Abrüstungsplan

Genf, 18. Februar. (Eigener Drahtbericht.)  
Der Führer der deutschen Delegation auf der  
Abrüstungskonferenz, Botschafter Kadowitz, be-  
gründete in der Donnerstags-Sitzung der Konferenz den deutschen  
Abrüstungsplan. Er hat im wesentlichen folgenden  
Inhalt:

1. Die Ausarbeitung ihrer Vorschläge ist die deutsche  
Delegation davon ausgegangen, daß in Deutschland heute drei  
andere Staaten die Abrüstung bereits seit einer Reihe von  
Jahren durchgeführt ist, und zwar auf Grund einer Festlegung  
derjenigen Mächte, die den Artikel 8 der Völkerbundsverträge ver-  
sichert, und die zugleich erklärt haben, daß diese den ersten Schritt  
zu der in der Satzung vorgesehenen allgemeinen Abrüstung bilden  
sollte. Sie wird daher von deutscher Seite als richtunggebend  
für die Abrüstung sämtlicher Völkerbundsmittglieder angesehen,  
zumal, da es im Völkerbund nur grundsätzlich gleich-  
berechtigte Mitglieder geben kann, von denen keines  
diskriminiert werden darf. Die Gründe für die allgemeine  
Herabsetzung und Verminderung der Rüstungen, deren Festlegung  
der Konferenz obliegt, können für sämtliche Bundesmitglieder  
und diejenigen Länder, die sich jener Abrüstungsaktion an-  
schließen, nur die gleichen sein. Die Mängel und Lücken des  
Entwurfes der Vorbereitenden Abrüstungskommission, die die  
deutsche Regierung veranlaßt haben, ihn abzulehnen, sind aus  
den Vorberathungen ersichtlich, die in dem Bericht der Vorbereitenden  
Kommission Aufnahme gefunden haben.

Die nachstehenden Vorschläge, die ohne erschöpfend sein zu  
wollen, die Auffassung der deutschen Regierung in großen Zügen  
wiedergeben, zielen demgegenüber darauf ab, eine wirksame,  
alle Rüstungsfaktoren umfassende Rüstungspermiinierung und  
-begrenzung durchzuführen. Sie enthalten diejenigen (unab-  
hängigen) Maßnahmen, die vor allem für die Verhinderung eines  
Angriffs wichtig sind. Die Vorschläge beruhen auf dem Grundsatz,  
daß künftig nur ein für alle Staaten in gleicher Weise  
geltendes Abrüstungssystem bestehen kann, das bei Einbeziehung  
möglichst niedriger Rüstungszahlen für alle Staaten eine gerechte  
und wirksame Lösung des Abrüstungsproblems ermöglichen würde.  
Sie tragen überdies der Notwendigkeit Rechnung, die nationale  
Sicherheit der Völker, so wie dies im Artikel 8 der Satzung vor-  
gesehen ist, zu berücksichtigen.

Indem die deutsche Delegation diese Vorschläge der Kon-  
ferenz unterbreitet, legt sie Wert darauf, ihren Standpunkt  
dahin zusammenzufassen, daß die deutsche Regierung nur eine  
solche Konvention für annehmbar hält, deren Bestimmungen für  
sie in gleicher Weise gelten wie für die anderen Signatarstaaten.

## I. Landstreitkräfte

1. Das Personal der Landstreitkräfte soll allgemein nur im  
Wege freiwilliger Verpflichtungen rekrutiert werden.
2. Sollte sich diese Regelung auf der Konferenz als un-  
durchführbar erweisen und daher den Staaten allgemein die  
Kauf des Wehrsystems überlassen bleiben, so müssen bei Wehr-  
pflichtsystemen die ausgebildeten Reserven, die bekanntlich den  
Hauptbestandteil der Kriegsheere bilden, angemessen bewertet  
und ebenfalls in die allgemeine Beschränkung einbezogen werden.
3. Staaten mit Wehrsystem müssen auf jeden Fall eine ihren  
besonderen Verhältnissen Rechnung tragende Berücksichtigung  
finden.

## Das Leben der Marie Szameitat

Roman von Josef Maria Frank  
Copyright 1930 by „Der Bücherkreis G.m.b.H.“, Berlin SW 61  
44 (Nachdruck verboten)

Er kommt erschrocken. Er versucht den Esqueter vor seinen  
Augen zu durchdringen, die Frau, die verzerrt und verschommen  
vor ihm steht, zu erschauen. Sie muß ihm jenseitig und rätselhaft  
erscheinen, wie eine Gestalt aus Eis. So kalt und durchsichtig  
steht sie vor ihm, blickt sie ihn an. Nicht mehr Kälte, nur mehr  
Urteil und Verdammnis.  
Inhaber geworden zu sehr durchsichtig, verzerrt, jetzt  
ganz, beginnt er, ein lächerliches Mosaik von Worten zusammen-  
zusetzen. Er wird ein Lächeln. Doch ist es auf, Schamhaft wird  
er. Er will der Sache weichen, will nicht selbst Entläger  
werden, will nicht zerfallen, will gehen.  
Ob er kann nicht mit seiner Hand einen Stein in die  
trüben Meere, da —? Ob er denn nicht erlöste und dann das  
auch verdient, da —? Ob er ihm denn das verdient, daß?  
Nur mehr Härte und Verzweiflung, hat sie ihm klar und  
deutlich.  
Des trüben. Über der Mann will nicht freier lassen, das  
ist gewöhnlich, hat er sich. Jedoch überläßt ihn, seine Hand  
immer auf dem Tisch, seine Hand mit schmerzlichen, das  
Lächeln, er lächelt sie Marie ins Gesicht. Seine Hand liegt  
auf und blickt ab, wie mit harter Linie plätschernd abgelehnt.  
Eine Sekunde lang hat Marie ihre Hände über  
den Augen, die Hände, die Hände, seinen Leib, der sich  
schmerzhaft und wie eine Feder anstrebend anfühlt, seinen  
Leib auf dem Boden, seinen schmerzlichen Leib, wie er in  
unabhängigen, seinen schmerzlichen Leib, wie er wieder zurück-  
gerissen wird und in schmerzlichen Gedanken sich löst.  
Doch, hat, Marie, sein verzerrtes Gesicht Marie das an. Kein  
Gesicht ist es aus ihrer Kehle, die trüben ist und hat; das

## II. Seekreitkräfte

4. Für die Offiziere ist ein möglichst niedriger, für alle  
Staaten gleicher Prozentsatz der Gesamtstärke des Personals fest-  
zusetzen, der nicht überschritten werden darf.
5. Die Polizei, die Gendarmerie und ähnliche Verbände  
müssen begrenzt und Bestimmungen unterworfen werden, die ihre  
militärische Verwendung ausschließen.
6. Die Unterhaltung und Verwendung nachstehender Kampf-  
mittel ist ohne Einschränkung allgemein verboten:  
a) außerhalb von Festungen und besetzten Plätzen Kanonen  
über 77 Millimeter und Haubitzen über 105 Millimeter,  
b) innerhalb von Festungen und besetzten Plätzen Kanonen  
über 150 Millimeter und Haubitzen über 210 Millimeter,  
c) Minenwerfer aller Art mit einem Kaliber von über  
150 Millimeter,  
d) Kampfwagen jeglicher Art.  
7. Die nachstehend erlaubten Waffen sind für jeden Staat nach  
Art und Menge nicht einem einseitigen Zuschlag als Ersatz für  
Ausfälle festzusetzen. Für diejenigen Staaten, die keine eigene  
Rüstungsindustrie besitzen, können außerdem gewisse Reservewerke  
zugelassen werden. Diejenigen Waffen, die über die zu-  
gelassenen Mengen hinaus vorhanden sind, müssen vernichtet  
werden.  
8. Die Anlage und Unterhaltung von Festungen, besetzten  
Plätzen und Werken, die wegen ihrer Nähe zur Landesgrenze eine  
unmittelbare Bedrohung des Nachbarn darstellen und etwaige  
Maßnahmen der Artensverhütung beeinträchtigen könnten, soll  
verboten werden. (Wegen der Küsterverfestigungen siehe unter II C).

## III. Luftstreitkräfte

9. Die Höchstmenge der einzelnen Schiffe ist unter gleich-  
zeitiger proportionaler Verminderung der Gesamtmenge herab-  
zusetzen. Kein Kriegsschiff soll künftig eine größere Wasser-  
verdrängung als 10 000 Tonnen oder ein Geschützkaliber von mehr  
als 280 Millimeter haben.  
10. Das Halten von Flugzeugträgern wird allgemein unter-  
sagt, da, wie unter II aufgeführt, das Halten von Luftstreitkräften  
an Lande und zu Wasser verboten werden soll.  
11. Die Unterwasserfahrzeuge sind abzuschaffen und zu  
verbieten.  
12. Folgende „Begriffsbestimmungen“ werden, soweit es sich  
nicht um Spezial- und von einer Begrenzung ausgenommene  
Fahrzeuge handelt, eingeführt:  
a) Uminschiffe: Kriegsfahrzeuge mit einer Wasserdrän-  
gung über 600 Tonnen oder einem Geschützkaliber über  
150 Millimeter;  
b) Kreuzer: Kriegsfahrzeuge mit einer Wasserdrän-  
gung über 600 Tonnen oder einem Geschützkaliber über 105 Milli-  
meter;  
c) Zerstörer: Kriegsfahrzeuge, deren Wasserdrän-  
gung 800 Tonnen und deren Geschützkaliber 105 Millimeter nicht  
übersteigt.  
13. Das nachstehende Material der Marine ist für  
jeden Staat nach Art und Menge festzusetzen.  
14. Das Personal der Marine soll allgemein nur im Wege  
der freiwilligen Verpflichtung rekrutiert werden. Jedoch wird  
das System dem für das Personal der Landstreitkräfte festzu-  
setzenden Begrenzungssystem anpassen sein.  
15. Für die Offiziere und Besatzungsmitglieder ist ein gewisser

## IV. Allgemeine Bestimmungen

16. Das Verbot der militärischen Verwendung von Stroh-  
gas, Giftgas oder ähnlichen Gasen und allen ähnlichen Flüssig-  
keiten, Stoffen oder Verfahren sowie aller Mittel des Bakterien-  
krieges wird auf die Vorbereitung der Verwendung dieser Kampf-  
mittel ausgedehnt.
20. Die Ein- und Ausfuhr von Kriegswaffen und deren  
Munition sowie von Kriegsgeschütz ist grundsätzlich zu verbieten.  
Jedoch muß für diejenigen Staaten, die nicht in der Lage sind,  
die für sie erforderlichen Mengen an Waffen, Kriegsgeschütz und  
Munition herzustellen, die Möglichkeit sichergestellt werden,  
erforderlichen Mengen aus dem Ausland zu beziehen.
21. Die Herstellung von Kriegswaffen und Munition sowie  
von Kriegsgeschütz darf nur in bestimmten privaten und staatlichen  
Fabriken oder Werkstätten erfolgen, die der Öffentlichkeit bekannt  
zu geben sind. Die Regierungen verpflichten sich, durch geeignete  
Maßnahmen sicherzustellen, daß die Produktion nicht die Menge  
übersteigt, die für sie und zur Ausfuhr an Staaten, die  
Rüstungsindustrie zugelassen sind.
22. Entsprechend dem in Artikel 8 der Völkerbundsverträge  
enthaltenen Verbot der Völkerbundsmittglieder, in be-  
offenen und erschöpfenden Weise alle Auskünfte über den  
Stand der Rüstungen auszutauschen, muß sich der Austausch der  
Rüstungsangaben auch auf die Rüstungsausgaben erstrecken.
23. Die Durchführung und Einhaltung der Rüstungs-  
bestimmungen ist durch ein für alle Staaten gleiches Verfahren  
der Überwachung sicherzustellen.

## V. Übergangsbestimmungen

24. Soweit die Durchführung der vorstehenden Bestim-  
mungen technischer oder organisatorischer Art notwendig  
macht, wird die Konferenz über das Verfahren und über die  
Zeitpunkt Bestimmungen festzusetzen haben, nach denen sich die  
einzelnen Staaten bei der Ueberführung ihrer heutigen  
Rüstungen auf den der Konvention entsprechenden Rüstungsstand  
zu richten haben.

## Die Pariser Presse zu Deutschlands Vorschlägen

Paris, 18. Februar. (Eig. Drahtbericht.)  
Die am Donnerstag in Genf eingebrachten deutschen  
Rüstungsplan-Vorschläge werden von der Pariser Freitag-Presse  
einstimmig abgelehnt.  
Nur der sozialistische „Populaire“ billigt  
vorbehaltlos die Forderung Deutschlands auf  
Gleichberechtigung in der Abrüstung, die an-  
sonsten von der sozialistischen Internationale gestützt  
werde. Aber er erklärt, daß dies daraus gezogene Folgerung, daß  
der Artikel VIII des Völkerbundspaktes in gleicher Weise auf alle  
Völkerbundsmittglieder angewandt werden müsse, in flagranter  
Widerverstoß auf der Auffassung von der Gleichberechtigung steht.  
Sie sei vom juristischen Standpunkt aus falsch; denn Artikel VI  
lasse eine derartige willkürliche Auslegung nicht zu. Sie sei vom  
politischen Standpunkt aus verhängnisvoll.

Herr schließt weiter, zwar laut und hämmern, doch regelmäßig  
und hehrhaft.  
Aus dem Nebenzimmer wimmern die Kinder. Jetzt ruhen  
verträglich Träne und Ged.  
Das weilt Marie. Sie ruft hart und befehlend stüber,  
soll zu sein und weiter zu schlafen. Dann geht sie an ihre Arbeit.  
Sie geht müde den Mann hat, hat ihm Wasser ein, in  
das sie ein Pulver gemischt hat, bricht den Krampf und schlüpft  
aus den Haubtüchern auf sein Bett. Aber sie nicht ihn nicht  
aus, sie ist ihm so, wie er ist, liegen, trotzdem sie nicht kann weis-  
sen, was er in morgen bereuen wird. Sie weiß bestimmt, daß es so  
sein wird und daß es so kommen muß. Und das ist das neue  
Schicksal, das Marie jetzt erfüllt, aber nicht versteht.  
Wie das ist sie ihm. Sie öffnet seinen Krug und sein  
Hand, schmeißt den Schanz von seinem Mund und trocknet seine  
Hand, die mit kalten, glänzenden Schweißtröpfchen überfüllt ist.  
Plötzlich hört sie, wie etwas Seltsames, in seiner Regel-  
mäßigkeit Sekundenlang einer ihr gleich, hört. Und erst  
jetzt ist sie, wie wenn sie aus ihrem Gesicht Bluttröpfchen  
auf den Boden fallen und rollen.  
Das Liden wird lauter, das Liden lauter, dröhnt jetzt wie  
Donner Schlag auf Hammerstein, erschreckend.  
Da schließt Marie die Hände vor das Gesicht, das leucht und  
blutet in. Schweiß tröpfchen auf dem Tisch, fällt schwer auf  
den Tisch. Und Marie hat, und Marie hat, und Marie hat, und Marie hat,  
die Hände in ihr und gibt erschreckend Reinen und heidem  
Durchströmen Raum und Zeit.  
Es hat Marie vielleicht eine Stunde. Dann steht sie auf,  
berührt und berührt, wagt sie das Gesicht, das nur eine kleine  
unabhängige Hand zeigt, und geht nun wieder vor dem Bett  
des Mannes. Eine hat eine Erklärung darüber zu geben, beginnt  
sie zu sprechen und versucht ihn zu überzeugen, ihn richtig zu betten  
und zu decken.  
Dann stellt sie die Bettdecke auf den Mann. Jetzt ist es vier  
Uhr. Sie hat noch zwei Stunden Schlaf. Die muß sie ausnutzen.  
Denn geht das Leben weiter, das Leben, das seine Unter-  
brechungen und Panzen dabei.  
Seit dieser Nacht geht es herab. Marie weiß es. Die  
Ereignisse überfüllen sie. Marie aber, hat alles so zwecklos  
war; sie läßt, doch nun alles einfach ist.  
Nach in ein Jahr! und wir haben es geschafft!  
Was soll sie jetzt dazu sagen? Sie lächelt nur, traurig und

bitter. Manchmal quält sie sich mit dieser Frage: Warum  
mußt man sich auf den Berg hinauf, wenn man nicht oben blei-  
ben darf? Warum? Warum das alles?  
Sie ist so weit, daß sie schon die letzte der Fragen stellt. Die  
ist schlimm. Wenn nichts antwortet! Und wenn die Ereignisse  
sich überstürzen?  
Aber ja! hat Marie aus Fritz herausbekommen. Fritz hat  
Geschäftsplan, als die Kundenmassen herausströmten, hätte die  
Schmerzgriffe herausziehen wollen. Dabei war er mit einem  
Kunden zusammengestoßen. Beim Sichumdrehen, um sich  
entzwickeln, große Ueberraschung: Der Kunde war ein  
Befamter, war mit Fritz damals zusammen in der Strafzelle  
gewesen und hatte einen Monat lang sogar mit Fritz die  
Gemeinschaftszelle geteilt. Fritz, dem das sonderbare, aber ja  
an Warenhaus durchaus begriffliche Wiedersehen zuerst pein-  
lich war, konnte nicht verhindern, daß der hartnäckige und für al-  
les taube „Freund“ auf ihn wartete und ihn abwieg, u-  
sion zu begreifen und sich etwas mit ihm zu erzählen. — Wie  
konnte Marie nicht in Erfahrung bringen; aber sie kann ja  
alles zusammenreimen, wie es kam und wie es schließlich kommen  
mußte.  
Kästelhaft für Marie: Fritz ist ganz im Banne dieser  
Narren. Fritz ist verschlossen und weicht aus. Marie weiß  
nichts über diesen Fremden, weiß nicht, wie er heißt, wie  
aussehen, was er tut, wie er ist. Er ist etwas Unheimliches, die  
Marie schreit. Er ist für Marie „personlich“ nicht zu erfassen,  
er ist nur bezaubernd und unfaßbar, so wie ein Alb.  
James hatfeger bleibt Fritz jetzt wieder hart; immer kommt  
er dann betrunken nach Hause. Marie geht ihm nun aus dem  
Schlehten und die Kinder ein, hämmert sie nicht um ihn.  
Ob sie will ihn wohl zurückziehen, will ihn halten. Aber wie  
Sie versucht, zu protestieren. Sie gibt hämmern, Geräusch  
einstufige Zeitungsaussagen auf und wartet flüchtig ab.  
Bei Geschäftsausgang am Warenhausausgang auf Fritz, um ihn zu  
guten Zurecht oder mit Lösung nach Hause zu bringen.  
Das geht eine Zeitlang an. Dann findet Fritz Zustände  
Ausweg, wechselt die Ausgänge, verstreut beim Licht. Schließlich  
tut er auch das nicht mehr. Er läßt einfach Marie auf die  
Straße gehen, bringt auf einen Autobus, läßt sogar Marie fort-  
schicken sie an und verbittet sich diese Ueberwachung.  
Marie ist ohne Trost und ohne Hoffnung. Was soll sie tun?  
(Fortsetzung folgt)



# Hindenburg und Hitler

Wir lesen in der Wiener „Arbeiter-Zeitung“:  
Hindenburg hat die Kandidatur für die Reichspräsidentenwahl angenommen: der vierundachtzigjährige General-Feldmarschall hat sich bereit erklärt, das höchste Amt, das die deutsche Republik zu vergeben hat, ein zweitesmal zu übernehmen.

Hindenburgs Gegenkandidat — leider der einzige ernste Gegenkandidat — wird der Braunschweiger Hanswurstprofessor und Gildburgshäuserer Gendarmereifeldwebel Adolf Hitler sein. Betrug und Machtmißbrauch hat er sich die Möglichkeit der Kandidatur erkauft; in hemmungsloser Machgier und krankhafter Eitelkeit läßt der nationalsozialistische „Führer“ auch die schäblichsten und lächerlichsten Mittel spielen, um so nach vielen verhängnisvollen Versuchen endlich Deutschlands Diktator zu werden.

So wird die Reichspräsidentenwahl zu einer Entscheidung zwischen dem offenen Faschismus und dem, was in Deutschland von der Demokratie der Weimarer Verfassung noch übriggeblieben ist. Die Kandidatur Hitlers zeigt in greifstem Licht, daß am 13. März eine weltgeschichtliche Entscheidung fällt, die für die ganze europäische Politik und für den Kampf der Arbeiter in der ganzen Welt ungeheuerste Bedeutung hat. Daß Hitler selbst kandidiert, das ist nicht nur die Folge des krankhaften Geisteszustandes des größtenwahnsinnig gewordenen Spielers aus Braunschweig, der sich im Vorpur der Präsidentschaftsonnen möchte; diese schandvolle Kandidatur ist das alarmierende Signal, daß der deutsche Faschismus in der Reichspräsidentenwahl die entscheidende und wohl die letzte Gelegenheit sieht, zur Macht zu kommen.

Was ein Sieg Hitlers bedeuten würde, das kann man sich nach den unerschütterlichen Ankündigungen der Hitlerischen Unterfeldwebel unschwer vorstellen: die Nacht faschistischer Unterdrückung würde über die deutsche Arbeiterklasse hereinbrechen. Alles, was die deutschen Arbeiter an wirtschaftlichen, sozialen und politischen Rechten besitzen, würde von einem blutbesiedelten und immer neues Arbeiterblut vergießendem Regime der Landsknechte der deutschen Schwerindustrie getrampt werden. Der deutsche Kapitalismus will den Versuch machen, sein Gleichgewicht, das mit normalen kapitalistischen Mitteln nicht mehr wiederherzustellen ist, dadurch zu retten, daß er die Arbeiter mit Gewalt in den Zustand argster Ausbeutung zurückwirft. Das ist die soziale Bedeutung der Kandidatur des Mannes, der erst vor wenigen Wochen bei einem Prunkmahl der Schwerindustriellen des Ruhrgebiets sein Programm erläutert hat.

Zu diesen Gefahren für Leib und Leben der deutschen Arbeiter und Angehörigen kommt die furchtbare Erschütterung, die ein Sieg Hitlers für die ganze europäische Politik bedeuten würde. Eine Faschistenrepublik in Deutschland muß zwangsläufig über kurz oder lang zu unerträglichen Spannungen führen; entweder an der Ost- oder an der Westgrenze, wahrscheinlich an beiden, würde die von den Faschisten durchgeführte Politik an glühende Kriegespalen durch Fährnisse beginnen. Am Tage nach Hitlers Wahl würde Europa einem Kriegslager vor Ausbruch der Schlacht gleichen.

Gegen diese Gefahr, die der ganzen Menschheit droht, kämpft die deutsche Demokratie, kämpft die auf heiß umlohten Vorposten stehende deutsche Sozialdemokratie. Bei der Präsidentschaftswahl geht es zunächst nicht um die Entscheidung für eine Sache, sondern vor allem um eine Entscheidung gegen: um den Kampf gegen Faschismus und Kriegesgefahr, gegen die Niederwerfung der deutschen Arbeiterklasse, gegen eine Reaktion, die Deutschland ins Mittelalter zurückwerfen und den Sieg des Sozialismus in Europa um Jahrzehnte verzögern würde.

Daß der Kampf gegen furchtbare Gefahren, aber nicht für politische Ziele geführt werden kann, zeigt vielleicht am deutlichsten die Tatsache, daß der Widerpart des Faschismus — Hindenburg ist. Es ist dem faschistischen General-Feldmarschall nicht an der Wege gegangen worden, daß er einmal der Kandidat nicht des demokratischen, aber des anständigen und fortreiften Deutschlands gegen faschistische Gewalt und Willkür sein werde. Auch als der alte General vor sieben Jahren zum Reichspräsidenten gewählt wurde, hat niemand, am allerwenigsten wohl er selbst, geglaubt, daß die nationalsozialistische Reaktion, die damals über eine Wahl triumphierte, sieben Jahre später gegen ihn einen Gegenkandidaten aufstellen werde.

Als Hindenburg im Jahre 1925 zum Reichspräsidenten gewählt wurde, soll er, bevor er sein Amt antrat, die Weimarer Verfassung genau durchgelesen und am Schluß der Lektüre gesagt haben: Nun, gar so arg ist sie ja nicht! So hat es Hindenburg auch während seiner Präsidentschaft gehalten; mit der in der deutschen Arbeiterklasse am weitesten verbreiteten Meinung hat Hindenburg ein Amt verwaltet, und ist auch als Reichspräsident geblieben, bis er als General-Feldmarschall geweiht war: ein militärisch-eremitischer Mann, der, unbeschadet seiner persönlichen Meinungen, die immer altpreussisch, monarchistisch geblieben sind, den Eid, den er geschworen hat, heilig hält — den Eid auf die Reichsverfassung als Präsident der Republik, wie einst der Kaiser, und als General der Hohenzollern. Aus dieser Pflichterfüllung ist Hindenburg in den letzten zwei Jahren zum höchsten Gegenkandidat gegen die „legalen“ Diktaturpläne der Faschisten geworden. Der Kurs der Regierung Brüning wurde immer mehr der Kurs Hindenburgs, was bedeutete, daß innerhalb der Regierung Brüning der General Erömer einen immer härteren politischen Einfluß gewann. Die autoritäre Politik, die streng bürgerlich-republikanisch auf die Interessen der Arbeiter keine Rücksicht nimmt und mit noch nie dagewesenen Anstrengungen und Opfern den Kapitalismus aus der Krise zu retten sucht — das ist der General, der sich heute in Hindenburgs Person verkörpert. So kandidiert Hindenburg die Weisheiten des legalen Faschismus von gestern, nicht jene Methoden des Faschismus von heute, der sich zur brutalen Herrschaft über den Kapitalismus von heute, der sich zur brutalen Herrschaft über die Arbeiterklasse und seine politischen Interessen von heute hergelaufenen Landstreicher verstehen läßt. Über allem steht die Fährnis über den alten Kapitalismus! Er ist durch und durch kapitalistisch, durch und durch konterrevolutionär, durch und durch reaktionär. Aber der alte Kapitalismus und seine Methoden lassen der Arbeiterklasse wenigstens die Freiheit des Wortes, der Organisation, des Kampfes, lassen wenigstens die Möglichkeit des Kampfes für einen demokratischen Aufstieg der Arbeiterklasse offen: sie verweigern der Arbeiterklasse nicht jeden Weg des Aufstieges, wie der offene, brutale Faschismus ihn ihr verweigern würde.

Hindenburg und Hitler: das ist der Kampf zwischen dem altgewordenen und lazzett gebliebenen Kapitalismus und dem gewalttätigen, vor Angst brutalen und zu flüchtiger Unterdrückung der Arbeiterklasse entschlossenen neuen Kapitalismus. Man könnte auch sagen: es ist der Unterschied zwischen der Lage des deutschen und der Lage des italienischen Proletariats!

Und die Arbeiterklasse? Die deutsche Sozialdemokratie wird vordemselbst keinen Gegenkandidaten gegen Hindenburg aufstellen. Damit dokumentiert die deutsche Partei, daß bei dieser Reichspräsidentenwahl der Kampf nicht zwischen Kapitalismus und Sozialismus ausgetrieben werden kann, sondern daß es bei dieser Wahl nur um die Frage geht, ob der Kapitalismus der sozialistischen Arbeiterbewegung jede Bewegungsfreiheit, Organisationsfreiheit, Kampfmöglichkeit rauben, oder ob der Kampf zwischen Sozialismus und Kapitalismus weiter auf dem feindlichen, aber wenigstens nicht abschüssigen und doch allmählich aufwärts führenden Weg der Demokratie ausgetrieben werden soll. Es ist eine tragische Situation, in die der deutsche Sozialismus geraten ist, eine Situation, die die ganze internationale Arbeiterklasse mit Schmerz erfüllen muß. Der General-Feldmarschall, der trotz seiner persönlichen Ehrenhaftigkeit eben der Marschall des Weltkrieges bleibt, ist der Mann, der jetzt das geringere Uebel gegenüber dem gewalttätigen Faschismus bedeutet. Und über die Person hinaus ist jetzt der alte Kapitalismus ist noch immer weniger gefährlich, als die faschistische Verklammerung. Aber diese Wahl zwischen der legalen General-Uniform und der Bombentracht des Braunhemdes sollte allen Arbeitern der ganzen Welt vor Augen führen, wohin das furchtbarste Uebel der Arbeiterbewegung, die Spaltung, führt. In einer Zeit, da der Kapitalismus endgültig verlagert hat, da alle wirtschaftlichen Entwicklungstendenzen mit geradezu unübersehbarer Gewalt auf den Sozialismus hinweisen — in dieser Zeit ist die deutsche Arbeiterklasse durch die verhängnisvolle Verkettung von Wirtschaftskrise, politischer Vertreibung und proletarischer Selbstentmachtung gezwungen, in der Wahl eines Hindenburg den zur Stunde einzig möglichen Ausweg zur Verhütung eines Sieges des Faschismus zu sehen. Daß in dem Arbeiterland Deutschland trotz der furchtbaren kapitalistischen Krise die sozialistische Machtergreifung nicht zur Diskussion steht,

sondern daß es vor allem gilt, die Diktatur des Faschismus zu verhindern — das ist die unausdenkbar schwere Tragik dieser Situation.

Die Kommunisten haben in ihrer wahrhaftigen Verdringung jede ernstliche Möglichkeit eines Zusammengehens der beiden Arbeiterparteien unmöglich gemacht: sie haben mit der Kandidatur Thälmanns nur die Gefahr eines faschistischen Sieges gesteigert, ebenso wie sie bei der vorigen Reichspräsidentenwahl durch die auf Thälmann zerplatzten Stimmen den Sieg Hindenburgs über den Zentrumdemokraten Marx herbeigeführt haben. Daß in der gegenwärtigen gefährlichen Situation eine von Sozialdemokraten und Kommunisten gemeinsam aufgestellte Kandidatur überhaupt nicht in Betracht kam, zeigt, wie hoffnungslos verfahren die Lage ist.

Aber wohin soll — Nagen und aufrüttelnd erhebt sich in der Brust jedes sozialistischen Arbeiters die Frage — die furchtbare Selbstzerfleischung des Proletariats noch führen? Sehen die Männer in Moskau nicht endlich ein, daß sie ihr eigenes Welt in Rußland gefährden und das Weltproletariat der Reaktion ausliefern, wenn sie an einer Trübsinnspolitik festhalten, die „prinzipiell“ und „revolutionär“ zu handeln glaubt, wenn sie durch Zerstückelung der Kräfte des Proletariats nur die Gefahr des Sieges des Faschismus heraufbeschwört? So furchtbar groß die Schwierigkeiten sind, die der internationalen Einigung des Proletariats noch entgegenstehen, und so ausichtslos die Hoffnung scheint, als ob die Einigung von heute auf morgen zustande kommen könnte — sie wird angeht die Lage in Deutschland zur unabwendbaren Notwendigkeit. Die Voraussetzungen für einen Sieg des Sozialismus in Mitteleuropa und für einen gewaltigen Vormarsch des Sozialismus in der Welt sind wirtschaftlich gegeben. Die unerlässliche politische Voraussetzung dafür ist aber die Einigung der Arbeiterklasse, vor allem die Wiedervereinigung des Proletariats in Deutschland. Nicht Einheitsfrontmanöver, die nur Mittel im Bruderkampf sind, sondern das wirkliche Zusammenwirken der großen proletarischen Parteien. Nur die Spaltung ist schuld, daß heute in Deutschland nicht der Sozialismus, sondern die Frage: Hindenburg oder Hitler auf der Tagesordnung steht. Fluch der Spaltung — dieser lebenswichtigen Auf geht angeht die Wahrung der deutschen Präsidentschaftswahl durch die Arbeiterklasse!

# Das wäre wahrlich ein würdiger Reichspräsident!

Oskar von Preußen soll Kandidat der Bayrischen werden

Oskar von Hohenzollern ist das große Geheimnis derer um Hugenberg, die Trumpfpartei, die sie für die Reichspräsidentenwahl in der Hand halten.

Oskar gehört nicht nur dem Stahlhelm an, sondern auch dem deutschen nationalen Parteienverband. In Intelligenz kann er sich weber mit A. u. u., noch mit Eitel Friedrich, noch mit dem Eyzonprinzen messen, aber das gereicht ihm in den Augen derer um Hugenberg gerade zum Vorzug. Seine Spuren hat er sich in ähnlicher Weise verdient, wie seine Brüder: auch er hat sich in die Stahlhelmsuniform gekleidet und bei sogenannten vaterländischen Kundgebungen den Kameraden gemittelt. Auch er ist bekannt durch Reden und durch schnoddrige Bemerkungen. Seine Selbsterhebung im Jahre 1925 durch einen ganz besonderen Vorfall hell beleuchtet. Damals wurden mehrere Leute gefaßt, die ein Attentat auf Stresemann geplant hatten. Es waren keine Brüder. Von ihnen kamen die Worte: „Stresemann verweise man“ und „das Schwein muß gekillt werden“. Ihr Haupt war ein gewisser Lorenz. Der erhielt in die Unterjochung einer freundlichen Brief Oskars und dazu fünfzig Zigaretten geschickt. Stresemann hatte sich bekanntlich sehr beifällig gezeigt, um dem Eyzonprinzen die Milderung zu ermöglichen. Es war deshalb eine besondere Bitterkeit, daß Oskar dem Attentäter, der den Freund seines Bruders töten wollte, Zigaretten schickte. Als sich in der Öffentlichkeit deshalb Lärm erhob, veruchte sich Oskar mit seinen Reden und falschen Ankündigungen gegen die Justizbehörden herauszulassen. Er kam nicht zu dem, was er getan hatte.

Das ist der Mann, der gegen Hindenburg kandidieren soll, der präsumtive Nachfolger für einen künftigen König von Preußen, Hugenbergs Kandidat für die Reichspräsidentenwahl. Das Hatzburger Karrenhaus zettelt in der Tat herrliche Blüten.

## Die taktischen Anstiche Hugenbergs

Die Nachricht, daß Hugenberg Herrn Oskar, Prinz von Preußen, als Ueberraschungskandidaten gegen Hindenburg vorgeschlagen hat, hat wie eine Bombe eingeschlagen. In ihrem Drange, öffentlich mitzuteilen, daß ein Sohn Wilhelms geruht hat, als Mitglied des deutschen nationalen Parteienverbandes an der Sitzung des Parteienverbandes teilzunehmen, hat die deutsche nationale Pressestelle selbst dafür Sorge getragen, daß die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf

diese sogenannte Ueberraschungskandidatur gelenkt worden ist. Um den Charakter einer Ueberraschungskandidatur nicht vollständig verschwinden zu lassen, hat sich nun die deutschnationale Pressestelle zu einem Dementi entschlossen, das keines ist. Die Absichten Hugenbergs mit Oskar werden in diesem sogenannten Dementi keineswegs einbeutigt bestritten. Dafür werden die taktischen Pläne derer um Hugenberg weiter aufgedeckt. Es heißt in der deutschnationalen Verlautbarung:

„Ganz allgemein scheint überhaupt die Bedeutung des ersten Wahlganges und der dafür genannten Kandidaten etwas überschätzt zu werden. Nach Lage der Dinge kann der erste Wahlgang nicht zu einem endgültigen Ergebnis führen. Dies folgt insbesondere daraus, daß die Kommunisten und ein großer Teil der Anhänger der Sozialdemokratie den sozialdemokratischen Vorkandidat Hindenburg kaum folgen werden. Der erste Wahlgang verlangt bekanntlich eine absolute Mehrheit, d. h. etwa 18 Millionen Stimmen für den zu wählenden Kandidaten. Niemand wird annehmen, daß diese Zahl im ersten Wahlgang erreicht werden kann. Das wird schon allein durch die Stimmen, die der kommunistische Kandidat erhält, unmöglich gemacht.“

Also: Mit Hilfe der Kommunisten gedenken die um Hugenberg es bis zu einem zweiten Wahlgang zu bringen. Im ersten Wahlgang wollen sie eine Zählkandidatur in der Person des Herrn Duckberg ausstellen, der neben Hitler oder Frau kandidieren soll. Herr Duckberg wäre ein Kandidat, den man bei Hugenberg „nicht überhört“, und Herr Hitler auch! Im zweiten Wahlgang soll dann Oskar präsentiert werden. In diesem strategischen Plan ist den Kommunisten die Rolle der Hilfsarmee zugewiesen. Sie sollen im ersten Wahlgang die Bahn freimachen für Herrn Oskar, Prinz von Preußen, den Sohn Wilhelms des Landstüchters, und im zweiten Wahlgang sollen sie dann dafür Sorge tragen, daß einer aus dem Hause Hohenzollern gewählt wird!

## Bayrische Volkspartei für Hindenburg

Der Führer der Bayrischen Volkspartei, Staatsrat Schäffer, hat am Donnerstag einen Aufruf zur Wiederwahl Hindenburgs erlassen.

# Kabinet Painlevé in Frankreich

Der Präsident der Republik hat dem Abgeordneten Painlevé am Donnerstag mit der Bildung der Regierung beauftragt. Im Laufe des Donnerstag führte Painlevé Besprechungen mit zahlreichen Politikern, darunter Caval, Tardieu, Herriot und Steeg.

Die Beratung Painlevés ist in der Kammer im allgemeinen günstig aufgenommen worden. Unter den Radikalen macht sich eine ziemlich starke Neigung zu einer Beteiligung an einem Kabinet Painlevé bemerkbar. Beschüsse hat die radikale Fraktion jedoch nicht gefaßt. Die zu der bisherigen Regierungsmehrheit gehörige Fraktion der radikalen Linken sprach sich in ihrer Sitzung für eine Konzentration des Kabinetts aus. Auch die Fraktion der katholischen Demokraten trat für eine solche Regierung ein. Die Fraktion Marin nahm eine Entscheidung an, die sich gegen die Bildung eines Ministeriums durch Parlamentarier ausspricht, die stets gegen die Regierung Caval und gegen die Mehrheit gestimmt haben.

Painlevé ist trotz aller Hindernisse, die die äußerliche Rechte gegen ihn unternehmen, entschlossen, zunächst die Bildung eines Konzentrationkabinetts zu versuchen, in dem die Radikalen und die übrigen Linksparteien beteiligt sind. Wenn ihm das nicht gelingt, will er ein Linkskabinet ähnlich dem letzten Kabinet Steeg bilden.

Paris, 10. Februar. (Eig. Funkenbericht.)

Painlevé hat am Donnerstag abend ins Elisee begangen und dem Präsidenten der Republik mitgeteilt, daß er die Aufgabe, das Kabinet zu bilden, entgegenzunehmen. Er erklärte, er werde am Samstag, 12. Februar, sein Kabinet wahrscheinlich am Freitag früh gebildet sein.

## Die Rechte macht Painlevé Schwierigkeiten

Paris, 10. Februar. (Eig. Funkenbericht.)

Painlevé hatte heute in der Nacht seine Bemühungen um die Bildung eines neutralen Konzentrationkabinetts fort. Gegen 2 Uhr morgens brach er seine Bemühungen ab, da mit den Rechten keine Einigung zu erzielen war. Er hat, wie aus den nach dem Abbruch der Verhandlungen herausgegebenen Communiqués hervorgeht, im Laufe der Beratungen Tardieu, Caval und Reynaud eine Kombination vorgeschlagen, wonach im Kabinet alle Fraktionen der alten Mehrheit vertreten sein sollten. Tardieu sollte das Kriegsministerium, Caval das Außenministerium und Reynaud das Kolonialministerium erhalten. Dieses Anerbieten wurde jedoch abgelehnt, da Tardieu und Reynaud die Besetzung des Innenministeriums mit einem ihrer politischen Freunde verlangten.

Painlevé hat heute keine Bemühungen zur Bildung eines Kabinetts mit demselben Programm der Konzentration fort. Er will auf alle Fälle ein Kabinet zustandebringen. Dieses kann unter den gegebenen Umständen nur aus den Vertretern der Link- und Mittelparteien bestehen.

## Das merkwürdige „Attentat“ auf Hitler

Barmbeil, 18. Februar. (Eigener Drahtbericht.)

Die Unternehmung des „Attentats“ auf den nationalsozialistischen Reichspräsidenten Kandidaten General-Feldmarschall Hitler hat über ein merkwürdiges Ereignis geführt. Nach dem Urteil von Göttinge ist der Attentäter ein junger Mann, der in der Nähe des „Latoris“ wohnt, als der Sohn des dortigen Wirtes bezeichnet wird. Angeblich ist von der Polizei in Barmbeil gefaßt worden, und der Verdacht wurde auf ihn gelenkt. Die Polizei, die im Rahmen der Untersuchung des „Attentats“ in der Nähe des „Latoris“ tätig war, hat die Unternehmung des „Attentats“ auf Hitler als ein Verbrechen angesehen, das die Ehre der Reichspräsidentenwahl gefährdet.



# Samsstag

der größte  
Serien-  
Tag!

Strümpfe Damen-Wäsche Herrenartikel

**Damen-Strümpfe**  
echt ägyptisch Mako,  
Doppelsehle und Hoch-  
ferse, moderne Farben **50** Pfg.

**Damen-Strümpfe**  
feinfädige, künstliche  
Wäsche von ganz  
besonderer Eleganz, in  
allen Modifarben, etwas  
Außergewöhnliches **95** Pfg.

**Damen-Strümpfe**  
Kunstseide plattiert, ein  
erstklass. Strapazierstrumpf  
in großem Farbensortiment **145**

**Herren-Schweißsocken**  
gute Strapazier-Qua-  
lität, grau **2 Paar 50** Pfg.

**Herren-Socken**  
gute Baumwollqualität  
in aparten Mustern **50** Pfg.

**Damen-Hemdchen**  
oder Unterziehschlüpfer,  
echt Mako, fein gewirkt **50** Pfg.

**Damen-Schlüpfer**  
Kunstseide plattiert, tadellose  
Qualität, in zarten Wäschefarben **95** Pfg.

**Damen-Taghemd**  
mit Vollachsel, aus solidem  
Wäschetuch, Ausschnitt drei-  
seitig mit schöner Stickerei garniert **95** Pfg.

**Damen-Nachthemd**  
a. farbigem Wäschebatist, mit spitzem  
Ausschnitt und aparter Garnitur **195**

**MUH-Gürtel**  
zirka 20 cm breit, aus elegantem Atlas,  
ganz mit Batist gefüttert, m. 2 Gummi-  
teilen und 4 abnehmbaren Haltern **145**

**Herren-Unterhosen**  
kräftige Baumwolle, mako-  
farbig, gute Verarbeitung **95** Pfg.

**Herren-Einsatzhemden**  
aus schwerem Trikot, mit modernen  
durchgewebten Einsätzen, Größe 4-6 **145**

**Selbstbinder**  
modernste Dessins, in großer Farben-  
Auswahl u. geschmackvollen Mustern  
in reiner Qualitätsseide **145**

**Weißer Oberhemden**  
mit gemustertem Popeline-Einsatz  
und Manschetten, gute Rumpqualität **195**

**Farbige Oberhemden**  
Popeline mit unterlegter Brust, Kragen  
und Ersatzmanschetten, modernste  
Streifen- und weisse Tanzhemd,  
durchgemustert, mit Ersatzmanschetten **295**

**Crêpe Marocain**  
96 cm breit, z. T. erstklassige  
Kunstseidenqualitäten, in  
schwarz, marine und großem  
modern. Farbensortiment, Mtr. **145**

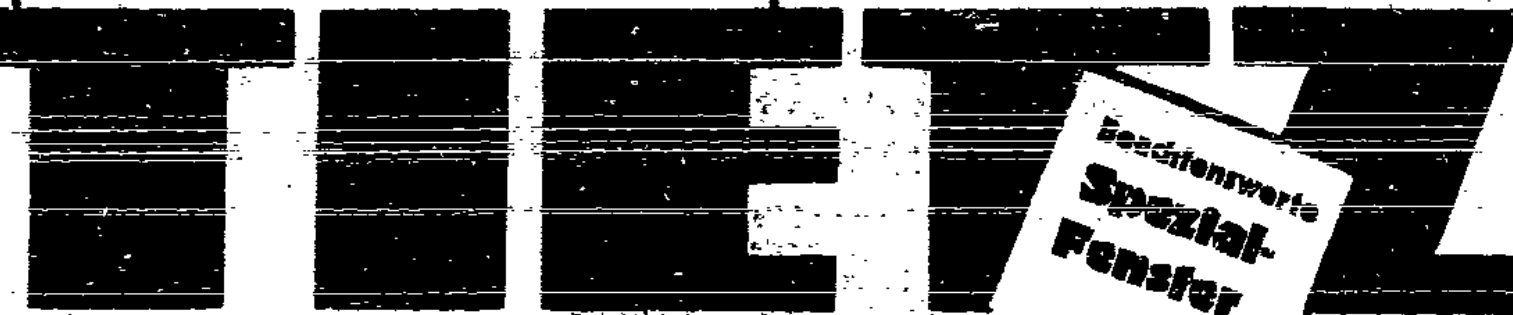
**Reinseldenes Cachenez**  
für Damen, aus Crêpe de  
Chine, z. T. handgemalt, nur  
entsprechende, neuzeitliche Muster **195**

**Herren-Slipper**  
reine Wolle, mit Streifenkante,  
grau und braun meliert **2.95 195**

**Damen-Lumberjack**  
in guter Qualität, verschiedene  
Farben u. Ausführungen, **2.95 195**

**Charmeuse-Unterhemd**  
gute, haltbare Qualität, mit  
großem, beständigem Maroccan-  
Motiv, in vielen zarten  
Wäschefarben **245**

**Fetische Modedekappe**  
Bretel-Form, m. Fantasie-  
Borde reich garniert  
und flochter Schleife,  
neuartig gesteckt **195**



Serien-Tage, die große Einkaufs-Gelegenheit für alle Sparsamen!

**STADTHEATER**  
Freitag 20 bis gegen 23:  
Der Zigeunerbaron  
Sonnabend 20-22.45  
Bar und Zimmermann  
Sonntag 14.30-17.15  
Ernährte Freie  
Sollmanns Erzählungen  
20 h. geg. 23 Schlußführung  
**Das Herz**

**LOBETHEATER**  
Freitag 20.15 bis 22  
und Sonntag 15.30  
In jeder Ehe...  
Sonnabend 20.15 (u. folgt)  
zum 1. Male:  
Der Zeriffene  
Gesangsspiel von  
Johann Neitron.

**THEATERTHEATER**  
Freitag 20.15 bis 22.30  
und Sonntag 15.30  
Fahrmann Denschel  
Sonnabend 20.15 (u. folgt)  
Deutsche Aufführung!  
Siegeln unter dem Kreuz  
von Daniel O. Janes.

**Circus Busch**  
Südasien - Tel. 29135  
Tägl. 7 Uhr. Heute singt:  
Mrs. Van den Bora  
Piter Schels - Kajakas  
Nagy Bela - Rauer  
Kreuz - Poonhof  
Grenovic - Silita  
Aizens - Felisch  
Ein Vorprogramm

## KONZERTHAUS

Voranstalter: Breslauer Volkstheater.  
Uraufführung  
**Den Helden von Neurode, Hausdorf,  
Karsten-Zentrumsgrube gewidmet!**

# "Kameradschaft"

Ein Tonfilm aus dem  
**Bergmannsleben**  
mit dem Höhepunkt der Reportage der größten  
**Bergwerks-Katastrophe** des Jahrhunderts

Der Gewerkschaftsring deutscher Arbeiter, Angestellten- und Be-  
amtenverbände bietet uns um folgenden Hinweis:  
Die Neo-Film A. G. hat in diesen Wochen den Film „Kamerad-  
schaft“ herausgebracht. Dieser Film ist das Werk des bekannten  
Regisseurs G. W. Pabst, der der Vorsitzende der unseren  
Gewerkschaften angeschlossenen Dachorganisation der Film-  
schaffenden Deutschlands ist. Wer als Gewerkschafter diesen  
Film sieht, erlebt ihn und wird durch ihn begeistert. Es ist der  
erste Film, der Not und Elend des Bergbau-Kumpels in dramati-  
scher Darstellung zeigt. Nicht, weil der Schöpfer dieses Films  
unser Ringkollege G. W. Pabst ist, sondern weil der Film in  
unerbittlicher Weise die Sozialproblematik des Bergarbeiters  
offenbart, darum empfehlen wir sehr, daß man Gelegenheit nehme,  
diesen Film zu sehen.

**Der Film für alle!**

Beginn täglich 5, 7, 9 Uhr / Sonntag ab 3 Uhr  
**Jugendliche halbe Preise**

**ASTORIA-PALAST**  
Friedr.-Wilh.-Str. 32  
W. 4 1/2, So. 3, letzte Vorst. 8 1/2  
**4**  
Darbietungen von  
Gesamt u. Klasse  
Ton-Großstapel:  
**Der Herr  
Finanzdirektor**  
Eine köstliche Zeitstunde mit  
Ella Brink  
Max Adalbert  
Kurt Lison  
Stummfilm-Schlager:  
**Nach Sibirien**  
Ein spannender Sensation-  
roman in 7 Akten  
Tonprotokoll:  
**Micky-Maus**  
auf der Bühne  
Schnitzschau:  
**THE BOWMANNS**  
Moderne Equilibristen

**WELTBÜHNE**  
Friedr.-Wilh.-Str. 35  
W. 3, So. 3, letzte Vorst. 8 1/2  
Und wieder — ein nicht  
zu überbietendes  
**Riesen-Programm**  
Ton-Großstapel  
**Durdlandi,  
die Wäscherin**  
Ein übermütig. Volksstück  
von kernigen Humor mit  
**HANSI NIESE**  
dem weiblich. Bressart  
Mit vollem Orchester  
**Der Gentleman  
von Paris**  
7 Akte aus der großen  
mondänen Welt  
Kabarett  
Der gr. Kabarett-Tonfilm  
mit Fritz Grünbaum  
Senta Sänwald  
Comedian Harmonists  
Schnitzschau  
**Die Narzons**  
mit neuem Repertoire

## Primus-PALAST

Hubenstr. 10  
Nur bis Montag!  
Die unerhörte lustige Tonfilmposse!  
Das Tollste was Sie seit langem sahen!

# Schützenfest in Schilda

mit **SIEGFRIED ARNO** in einer Bombenrolle als  
falscher Maharadscha Nebukadnezar von Meitanien  
als Ehrengast der Schildaer Schützengilde  
Weitere Besetzung: Fritz Kampzer, Ida Wüst,  
Willy Prager, Julius Falkenstein usw.  
Ferner: **CLARA BOW** im Großstapel

## Das gewisse Etwas

Außerdem: Der Kabarett-Tonfilm  
„**Alles singt mit!**“  
**Ufa-Wechenschau**  
Anfang tägl. 7 1/2 Uhr. Erwerböl, halbe Preise  
Sonntag 3 Uhr  
**Jugend-Vorstellung**  
Das große Tonfilm-Programm  
Ab Dienstag neues Tonfilm-Programm

## ATLANTIK

Gräbchenstr. 74 Tel. 58568  
Von Freitag bis Montag das entzückende  
Tonfilm-Lustspiel, Liase-Haid, Fritz Schels in  
**Meine Cousine aus Warschau**  
Dann als zweiter großer Schlager:  
**Rosen blühen auf dem Heidegrab**  
Das Lied vom Vaterland (8 Akte) Ufa-Tonwoche  
Von Montag bis Donnerstag  
**Die Schlacht von Bademünde**  
Hauptrolle: Max Adalbert  
In der Schlacht von Bademünde stehen Witzkanonen  
schwerster Kalibers im Gefecht. Im stimmen Fünftel:  
Wachmann und Flammhahn und Thor  
(7 Akte) Das verloren Paradies (7 Akte)  
Auf der Bühne zu beiden Programmen:  
**Sтамбуl & Co.**, die Sensation aller Weltstädte

**Spielplan Breslauer Lichtspielhäuser**

<b>Apollo</b> Von 19-22. Februar: Ella v. Nagy - Er. Lohrer <b>Ihre Majestät die Liebe</b> (Du bist nicht die Erste) Dazu der große Hauptfilm: Sonnabend: <b>Große Jugendvorstellung</b>	<b>Oderfor</b> Nur noch heute und morgen: <b>Document</b> Ab Sonntag: Der angestrebte Eckbar! (Der Ja wie Willa) Im Beiprogramm: Der große Sittenfilm Geheißte Mädchen Sonnabend: <b>Große Jugendvorstellung</b>
---	---

**Urania**  
12 Monatshefte  
und 4 Bücher  
**Der Dichter als  
Künstler**  
In 12 Hefen  
zu je 2 Hefen  
zu je 2 Hefen  
zu je 2 Hefen  
**Paradiese**  
Kunst der Dichterei,  
Kunst der Malerei,  
Kunst der Musik,  
Kunst der Poesie,  
Kunst der Plastik,  
Kunst der Architektur,  
Kunst der Gartenkunst,  
Kunst der Landschafts-  
malerei, Kunst der  
Kunst der Kunst.

## Zentral

Nur bis einschl. Mittwoch, den 24. Februar  
(Donnerstag, den 25. Februar geschlossen)  
Ein Film aus dem  
**Bergmannsleben**  
mit dem Höhepunkt der Reportage der größten  
**Bergwerks-Katastrophe** des Jahrhunderts  
Der Gewerkschaftsring deutscher Arbeiter, Angestellten- und Be-  
amtenverbände bietet uns um folgenden Hinweis:  
Die Neo-Film A. G. hat in diesen Wochen den Film „Kamerad-  
schaft“ herausgebracht. Dieser Film ist das Werk des bekannten  
Regisseurs G. W. Pabst, der der Vorsitzende der unseren  
Gewerkschaften angeschlossenen Dachorganisation der Film-  
schaffenden Deutschlands ist. Wer als Gewerkschafter diesen  
Film sieht, erlebt ihn und wird durch ihn begeistert. Es ist der  
erste Film, der Not und Elend des Bergbau-Kumpels in dramati-  
scher Darstellung zeigt. Nicht, weil der Schöpfer dieses Films  
unser Ringkollege G. W. Pabst ist, sondern weil der Film in  
unerbittlicher Weise die Sozialproblematik des Bergarbeiters  
offenbart, darum empfehlen wir sehr, daß man Gelegenheit nehme,  
diesen Film zu sehen.

Beginn: Tägl. 4.30, Letzte Vorstellung 8.45 Uhr

Die verteilbarste Einkaufsquelle für  
**Schuh-Bedarfsartikel**  
**Ledersohlen usw.**  
ist und bleibt  
**Walter Neuser, Neumarkt 21**  
Preis, so billig wie noch nie!  
**Handlung Volkswacht**  
Modernes Antiquariat  
Breslau 3, Neumarktstraße 5, Breslau 2, Flurstraße 4/6

## Sonder-Angebot!

Schwärzbraten o. Beilage . . . Pfd. 0.63	Rouladen . . . Pfd. v. 0.80 an
Schweinetauch m. Beilage . . . Pfd. 0.58	Kaltfleisch . . . Pfd. v. 0.66 an
Kamm mit Beilage, Pfd. 0.68	Keule und Niere . . . Pfd. 0.85
Suppenfleisch, Pfd. v. 0.50 an	Gehacktes . . . Pfd. 0.80 u. 0.80
Schmorfleisch, ohne Pfund von 6.70 an	Knoblauchwurst . . . Pfd. 0.14
	Leberwurst . . . Pfd. 0.15
	Bratenschwanz . . . Pfd. 0.22

Alles andere entsprechend billig.  
**Nur bei Wilhelm Land**  
Kaiser-Wilhelm-Straße 4  
Preisliste im Warenverzeichnis



Breslauer Nachrichten

Die Pflicht ruft!

Heute meldet sich alles!

Parteigenossen, Gewerkschaftler, Reichsbannerkameraden!

Freitag, den 19. Februar, ab 18 Uhr, werden in nachstehenden Lokalen die Flugblattverbreitungen vorgenommen. Alles beteiligt sich daran.

Die Flugblätter werden an alle Haushaltungen verteilt!

- District 1: Schillerstr. 21. 2: Behoffs Gaststätte, Rehburger-Edc. Bistoria-Str. 3: Kanter, Gewaltstr. 27. 4: Janke, Friedr. Str. 41. 5: Drescher, Holteistr. 16. 6: Kante, Bergstr. 15. 7: Kays, Mariannenstr. 17. 8: Grundmann, Frankfurter Str. 72. 9: Hildebrandt, Promnitzstr. 29. 10: Kante, Gausstr. 24/26. 11: Mally, W. Heubstr. 37. 12: Klaus, Hedrich-Karl-Str. 52. 13: Lorenz, Sinauer Str. 34. 14: Mally, Westendstr. 37. 15: Heinzl, Adersstr. 39. 16: Bartnek, Wehlstr. 43. 17: Bergteller, Kleinhaustr. 18: Wolf-Muschmann, Matthiasstr. 140. 19: Krause, Neue Wehlstr. 42. 20: Reichelt, Heinrichstr. 19. 21: Wierogrod, Bartlstr. 6. 22: Kays, Weinstr. 85. 23: Bittner, Uferstr. 26. 24: Goldmann, Paulstr. 42. 25: Damer, Brigittenhal. 16. 26: Görlitz, Bismarckstr. 13. 27: Zent, Olsener Str. 2. 28: Restaurant Gewerkschaftshaus. 29: Bogt, Murestr. 8, Seitenhaus, 1. Stg. 30: Reichelt, Hubenstr. 54. 31: Langner, Augustastr. 196. 32: Sydow, Reudorstr. 99. 33: Peiser, Reudorstr. 11. 34: Kluge, Kleine Grolwengasse 11. 35: Jägerhof, Gräblicher Str. 181. 36: Mohr, Herderstr. 17. 37: Kuhle, Ramener Str. 38. 38: Jägerhof, Gräblicher Str. 181. 39: Feiler, Sierastr. 127. 40: Mebler, Hubenstr. 95. 41: Rathmann, (früher Gahl), Klein-Gandau. 42: Witte, Rimpeler Str. 44: Steig, Dittstr. 42. 47: Henpe, Pilsener Str. 197. 50: Siehe District 42.

SPD. Straßenbahner!

Freitag, den 19. Februar, 20 Uhr, Gewerkschaftshaus, Zimmer 6:

Wichtige Versammlung.

Referent: Genosse Kulioczynski. Jeder Straßenbahner, der Mitglied der SPD. ist, muß erscheinen. Wichtige Tagesordnung. Mitgliedsbücher sind mitzubringen. Sozialdemokratische Partei Deutschlands Ortsverein Groß-Breslau

Parteilose Arbeiterportier aller Sparten

Heute abend 7 Uhr Sitzung im Zimmer 12/14 des Gewerkschaftshaus. Parteimitgliedsbuch legitimiert. Der Parteivorstand.

Erbchaftszeptionen für die Kirche

Frau Hartmann ist böse auf den Erbchaftspfarrer. Schon in der Verhandlung der ersten Instanz ergab sich in dem 'Millionenprozess', daß Frau Hartmann eine fromme Katholikin ist. Trotzdem macht ihr Temperament aber selbst vor einem Pfarrer nicht halt. Was sie alles gegen den Pfarrer Dr. Strehler in der Dienstag-Verhandlung herausbrachte, war zwar nicht recht zu verstehen, denn ihre Geschwister stürzten alle auf sie los und Frau Schneider versuchte ihr mit einem Taschentuch den Mund zuzuhalten. Jedenfalls scheint Frau Hartmann auf dem Standpunkt zu stehen, daß Pfarrer Strehler sein Teil dazu beigetragen habe, daß sie den verdamnten § 51 zugestimmt bekam. Dieser Paragraph ärgert sie überhaupt zu sehr, zumal sie sich selbst für völlig gesetzlich und vernünftig hält. Pfarrer Strehler ist derjenige, der von Frau Hartmann zum Zweck des Kirchenbauers eine Zeption über eine Viertelmillion Mark erhielt. Die hohen Notarkosten hat der Pfarrer selbst bezahlt. Frau Hartmann gab aber nicht so ohne weiteres ihren Papierechein ab. Sie knippte daran gewisse Bedingungen; es sollten katholische Kirchen in Charlottenbrunn und in Steingrund

30 Jahre Breslauer Kleingärten

Der erste Schrebergarten in Bischofswalde - 10 Jahre Verband Breslauer Kleingartenvereine. Soziale Gliederung der Breslauer Kleingärtner nach Berufsgruppen. Die Beschaffung von Kleingartenland.

Der Verband Breslauer Kleingartenvereine beging unlängst die Feier seines zehnjährigen Bestehens. Erst heute der Vertreter von fast 8000 Kleingärtner-Familien. Die Kleingarten-Idee selbst, von Sachsen kommend, ist in Breslau allerdings schon viel älter. Nachdem sie 1887 und 1888 in Penzig und Neustadt O.S. Eingang gefunden hatte, fanden sich im März 1901 die ersten drei Schrebergärtner Breslaus zusammen, um in Alt-Scheitnis, auf Boden des Rittergutes Bischofswalde, die ersten Gärten anzulegen. Diese Drei-Männer-Gemeinschaft schloß sich im Jahre 1915 auf anderem Gelände und nachdem neue Interessenten hinzugekommen waren, zum 1. Breslauer Schrebergartenverein zusammen. Auf Anregung der Regierung veranlaßte Oberbürgermeister Dr. Bender im Jahre 1902 die Anlegung der ersten städtischen Kleingartenanlage auf den Leichädern. Sie umfaßte damals 49 Gärten. Zur Erinnerung an den verdienstvollen Oberbürgermeister führt sie seit kurzem den Namen 'Bender'.

Bereits 1912/13, also rund ein Jahrzehnt nach diesen Anfängen, zählte die Stadt Breslau nicht weniger als 1783 Einzelgärten mit einer Gesamtfläche von 48,41 Hektar, von denen 602 Gärten auf städtischem Boden errichtet waren. Die steigende Nachfrage nach Land hatte sehr bald auch eine Erhöhung der Pachtzinsforderungen zur Folge. Diese wiederum bedingte, zunächst aus rein wirtschaftlichen Gründen, den Zusammenschluß der Kleingärtner zu Vereinen. Sie wurden später die Grundlage zur Förderung des Kleingartenwesens und zur planmäßigen Ausübung der Jugendpflege. Geheimrat Wiczeleidts-Berlin unternahm im Jahre 1909 einen Versuch, alle deutschen Kleingärtner im 'Zentralverband deutscher Arbeiter- und Schrebergärtner' zusammenzufassen, und so kam es im Frühjahr 1911 in Breslau zur Gründung einer Unterorganisation des 'Verbandes ostdeutscher Schreber- und Gartenvereine', der sich zwar über Posen und Schlesien erstrecken sollte, dem aber zunächst nur sieben Breslauer Vereine mit 425 Mitgliedern angehörten. Seine Tätigkeit hat sich fast ein Jahrzehnt hauptsächlich auf Breslau erstreckt, selbst noch 1921 waren ihm nur drei auswärtige Vereine angeschlossen. Der Verband, der unter diesem Gesichtswinkel als Vorläufer des heutigen Verbandes Breslauer Kleingartenvereine gelten kann, hat sich u. a. auch an der großzügigen Kleingartenbau-Ausstellung bei der Erweiterung der Jahrhunderthalle im Jahre 1913 beteiligt.

Der zweite zehnjährige Abschnitt erhielt sein Gepräge durch den Krieg. Die Behörden sahen sich bald gezwungen, den Anbau von Kartoffeln und Gemüse planmäßig zu fördern und alles halbwegs geeignete Gelände diesem Zwecke zuzuführen. In vielen Fällen wurden damals schon richtige Kleingärten angelegt, an die allerdings nicht der strenge Maßstab der heutigen Gärten angewendet werden darf. Die immer größere Ausdehnung des Breslauer Kleingartenwesens hatte zur Folge, daß am 19. Januar 1922 als Unterverband des neuen Provinzialverbandes Niederschlesien im Reichsverband der Kleingartenvereine Deutschlands der Breslauer Bezirksverband oder derzeitige Verband Breslauer Kleingartenvereine gegründet wurde.

Der neue Verband sah seine wichtigste Aufgabe in verständnisvoller Zusammenarbeit mit den zuständigen Behörden, an der Förderung und Ausgestaltung des Breslauer Kleingartenwesens zu arbeiten. In den einzelnen Jahren, insbesondere aber nach der Inflationszeit, nahm der Verband eine ständige Aufwärtsentwicklung. Gegenüber 54 Vereinen mit 3587 Mitgliedern, die ihm im Jahre 1921 angehörten, zählte er nach fünf Jahren bereits 106 Vereine mit 4507 Mitgliedern, und nach seinem zehnjährigen Bestehen 86 Vereine mit rund 7000 Mitgliedern. Interessant ist auch die Gliederung der Breslauer Kleingärtner nach Berufsgruppen. Demnach sind 44,3 Prozent der Mitglieder Arbeiter, 18 Prozent Beamte, 14,5 Prozent Sozial- und Kleinrentner, 12,8 Prozent selbständige Berufe und 10,6 Prozent Angestellte. Ganz bedeutend ist der Anteil der Erwerbslosen, der im Durchschnitt 40 Prozent, in manchen Vereinen bis zu 70 Prozent beträgt.

Das der Stadt gehörende Kleingartenland wird in der Hauptsache von der Kleingartenverwaltung betreut, die in früheren Zeiten ehrenamtliche Kuratoren einsetzte. Im Zusammenwirken mit dem Verband und bei der sich immer mehr fortbildenden Selbstverwaltung der Vereine geht man allmählich dazu über, diese Gelände den Vereinen in Generalpacht zu übergeben. In der wichtigsten Frage, der Ausweisung von Kleingartendaueranlagen, wurde leider noch kein rechtliches befriedigendes Ergebnis erzielt. Nur ein Pachtvertrag läuft über zehn Jahre hinaus. Insgesamt bürden 17 Kleingartenanlagen von rund 57 Hektar als Dauergelände auszusprechen sein.

Die Beschaffung von Kleingartenland stößt auch in dieser Zeit, da die Nachfrage sehr groß ist, verschiedentlich auf Schwierigkeiten. Leider konnten einige an der Peripherie der Stadt angebotene Geländeteile nicht erworben werden, da die Entfernung zu weit war und die damit verbundenen Kosten eine verhältnismäßig hohe Summe ausmachten. Die Bemerkung wären zur Übernahme derselben bereit gewesen, wenn ihnen die Möglichkeit des dauernden Wohnens unter erleichterten Siedlungsbedingungen eingeräumt worden wäre. Durch das bestehende Verbot schießen leider die sogenannten 'wilden Anlagen' in der näheren Umgebung Breslaus wie Pilze aus der Erde.

Aus der Werbearbeit des Verbandes seien u. a. nur die fast schon traditionell gewordenen jährlichen Ober- und Werbetage erwähnt, die in der Breslauer Öffentlichkeit viele Anhänger gefunden haben. Aus eigenen Erträgen bringt die Breslauer Kleingärtnerchaft an diesen Tagen recht beachtliche Mengen von Obst und Gemüse sowie Tausende von Blumensträußen auf, die an Krankenhäuser, Altersheime und sonstige soziale Anstalten geliefert werden. Die Schreber-Jugendpflege ist seit 1926, obwohl ihr keinerlei Reichs- oder Landesmittel zur Verfügung standen, in bestem Aufblühen begriffen. Erst jetzt wurde sie staatlich anerkannt.

So zeigt die Geschichte des Breslauer Kleingartenwesens, welche große soziale Bedeutung sie für weite Kreise der Breslauer Bevölkerung hat, diese wird durch die Forderung nach Erwerbslosengärten in der Zukunft noch erheblich gesteigert.

gebaut werden, außerdem ein Kuratushaus in Blumenau, und wenn dann noch Geld übrig blieb, ist es in den angrenzenden Pfarrbezirken zu verwenden. Die wichtigste Bedingung war aber, daß täglich eine heilige Messe für arme Seelen gelesen werde.

Ihren geschiedenen Ehemann, der als Zeuge vernommen wurde, empfing sie mit der huldvollen Bemerkung: 'Sei gegrüßt, mein halber Schwanz!' und nach seinen Angaben, daß sie eine sehr unattraktive Frau sei, die er durch eine Anzeige in der 'Schlesischen Zeitung' kennen gelernt, und sich ihm als fromme Katholikin und Angehörige des III. Ordens vorgestellt hatte, entließ sie ihn mit einer Handbewegung: 'Der Mohr hat keine Schuldigkeit getan. Er kann gehen'.

Im weiteren Verlauf der Verhandlungen wird noch auf die verworrenen Verhältnisse eingegangen, die damals bei Rechtsanwalt Dr. Stiller herrschten, der sich überhaupt um nichts kümmerte, der Blankoakzept gab, die ihm mit hohen Summen belastet, wieder vorgelegt wurden, der sich auch nicht sonderlich um seine Praxis kümmerte, sondern ganz nach den Weisungen seines Bürovorstehers handelte.

Zusammenschluß der Mieter der Siedlung H.G. am Sauerbrunn

Das Verhalten der Siedlungsgesellschaft Breslau H.G. hat die Mieter des Sauerbrunnbauteiles gezwungen, sich zur Wahrung ihrer Interessen zusammenzuschließen. In einer Zusammenkunft in der Wartburg, Gräblicher Straße, die von etwa 100 Personen besucht war, die gegen 60 Haushaltungen vertraten, wurde dieser Beschluß einstimmig gefaßt. Mit der Vertretung der Mieterinteressen wurden die Herren Schmolke und Rechtsanwalt Dr. Jacob und für die Hausfrauen Frau Mahrau beauftragt. Die augenblicklich dringendsten Wünsche der Mietergesellschaft wurden in einer Entschließung zusammengefaßt, hinter der fast ausnahmslos die gesamte Mietergesellschaft des Sauerbrunnbauteiles der Siedlungsgesellschaft steht. Zur Durchsetzung der bereits in dieser Versammlung aufgestellten Forderungen wird es wohl zweckmäßig sein, sich der Dachorganisation, dem Neumieterföderationsverband anzuschließen.

Die Arbeiter empfinden doch richtiger

Die angeblieh gegen die Faschisten kämpfende KPD. hatte gestern zu einer Versammlung in den 'Schiefwerder' aufgerufen, in der der Kampf gegen die Eisernen Front proklamiert werden sollte.

Auch den sonst mit den Kommunisten sympathisierenden Proleten scheint das jeden proletarischen Empfindens entbehrende Spiel angefaßt der ersten Situation zum Halbe herauszuwachen. Es waren nämlich in der Versammlung nur ganze 800 Unentwegte erschienen, so daß der Saal gar nicht so ausah, als ob nun etwa die Eisernen Front vernichtet werden würde.

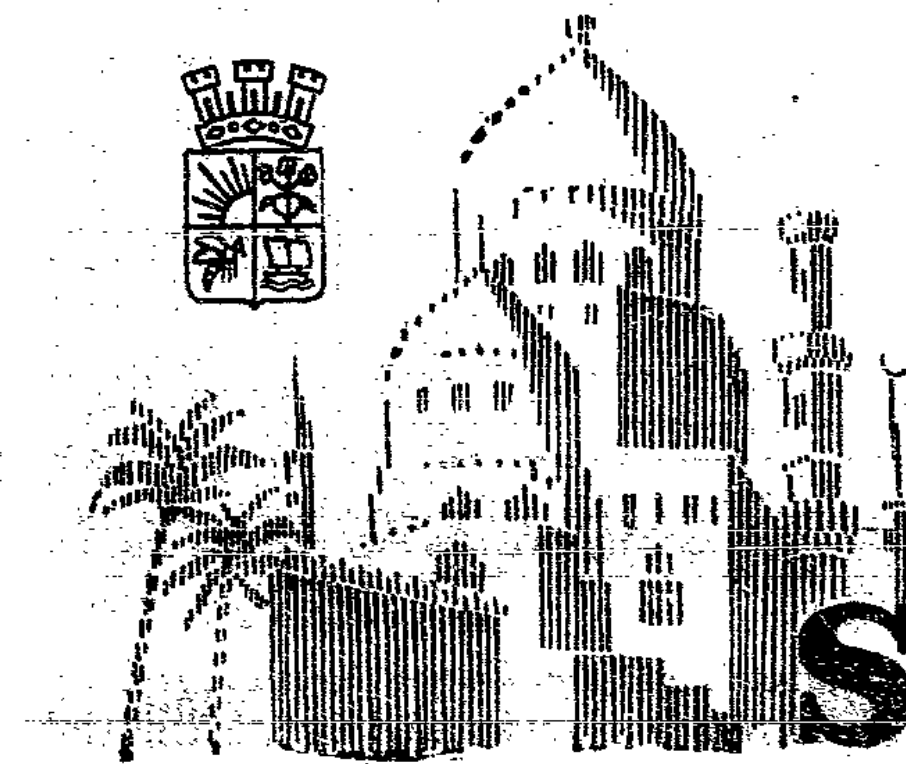
5 Mille Zigaretten gestohlen

In einer der letzten Nächte ist in eine Schankstätte in der Sternstraße eingebrochen worden, aus der die unbemerkten nächtlichen 'Runden' 10 Flaschen Brantwein und Rum, 5000 Zigaretten, 100 Zigarren, Wurstwaren, Schokolade und mehrere Flaschen Wein entwendeten.

Selbstmord im Hotel

In einem Hotel in der Nähe des Hauptbahnhofes schoß sich gestern abend ein kurz vorher aus Oberschlesien angekommener Gast in seinem Zimmer eine Kugel in den Kopf und war auf der Stelle tot. Der Schuß war gehört worden, doch kam jede Hilfe zu spät. Wie aus den gefundenen Papieren hervorging, handelt es sich um den 23jährigen Kellner Franz O. aus Hindenburg. Was ihn veranlaßt hat, zur Waffe zu greifen, ist vorläufig nicht festzustellen gewesen.

Bei Herbenichmerzen, Kopfschmerzen, rheumatischen und gleichartigen Schmerzen haben sich Logal-Tabletten hervorragend bewährt. Laut notarieller Bestätigung anerkennen über 6000 Ärzte, darunter viele bedeutende Professore, die hervorragende Wirkung des Logal! Fragen Sie Ihren Arzt. In allen Apotheken. 126 Lth., 246 Chth., 743 Acad. uocet. 2416.



Dom heut'gen Zeitvertreib ein Wort: Film, Rundfunk, Fliegerei und Sport, Theater, Reisen, Spielen, Wetten und immer SALEM Zigaretten!! SALEM Zigaretten sind Qualitätsmarken in jedem allen Lande.







# Die Saalschlacht in Schweidnitz war eine „spontane Handlung“

## Bezirksausschuss Breslau hebt die Ortsgruppenverbote der Nazi auf

Der Breslauer Bezirksausschuss hat Donnerstag mittig im Namen des Volkes für Recht erkannt und das Ortsgruppenverbot des Oberpräsidenten gegen die Nazi-Gruppen in Breslau, Waldenburg, Striegau und Schweidnitz aufgehoben. Dagegen bleibt es aus formellen Gründen für Weichsel und Dittersbach noch bestehen.

Anlaß zu diesem Verbot war bekanntlich jene blutige Saalschlacht vom September 1929 in der Schweidnitzer Bräukommune, bei der Hunderte von auswärtigen SA-Leuten, insbesondere aus Breslau, Schweidnitz, Waldenburg, Striegau, Dittersbach und Weichsel nach Schweidnitz gekommen waren und unseren Genossen unheimliche Verbrechen angedroht, insbesondere schließlich die Versammlung sprengten. Schweidnitzer Gerichte haben sich zweimal mit der Angelegenheit befaßt und der Führer aller dortigen SA-Leute, Oberleutnant a. D. Adolf Hitler, erschien persönlich, um die Legalität seiner tapferen SA-Männer vor Gericht zu bezeugen. Das Gericht kam in zweiter Instanz zu dem Urteil, wern auch sehr mäßig, Verurteilung; die beim Reichsgericht angelegte Revision wurde verworfen. Da die Vorgänge in Schweidnitz als Beweis für den ungeheuerlichen Verbrechen angesehen wurden, erstreckten die örtlichen Polizeiverwaltungen diese Ortsgruppenverbote, und sowohl der Regierungspräsident

als auch der Oberpräsident lehnten die gegen das auf das Vereinsgesetz begründete Verbot eingelegten Beschwerden ab. Auf Grund einer Klage beim Oberverwaltungsgericht hatte sich schließlich am Donnerstag der Breslauer Bezirksausschuss mit der Frage zu befassen, ob die Verbote zu Recht erlassen waren.

Der Nazi-Rechtsanwalt Dr. Rebbicki bemühte sich, selbst die Urteilsbegründung des Schweidnitzer Strafgerichts derart auszulegen, daß die Nationalsozialisten stets legal gewesen und die blutige Saalschlacht in der Bräukommune nur durch Reichsbannerleute verursacht worden wäre. Gegen diese Auffassung wandte sich der Vertreter des Breslauer Polizeipräsidiums, der unter anderem darauf hinwies, daß SA-Leute nicht nur politische Gegner, sondern auch Polizeibeamte überfallen und mißhandelt hätten. Trotzdem kam der Bezirksausschuss unter Vorsitz von Dr. Bockalli zur Aufhebung der Verbote, da die Saalschlacht in Schweidnitz kein Landfriedensbruch, sondern nur eine „spontane Handlung“ gewesen wäre. Wenn bei anderer Gelegenheit einzelne Nationalsozialisten strafbare Handlungen begangen hätten, könne dafür nicht die Partei verantwortlich gemacht werden.

Der Oberpräsident wird, wie verlautet, Revision gegen diese Entscheidung beim Oberverwaltungsgericht einlegen.

# Die Eiserne Front marschiert auf

Zu Beginn der Rüstwoche der Eisernen Front finden im Bereich des Regierungsbezirks Breslau, außer den Veranstaltungen der kleineren Orte, folgende große Kundgebungen der Eisernen Front statt:

### Sonnabend, den 20. Februar 1932

- Bernstadt. 20 Uhr: „Turnvater Jahn“.
- Habelschwerdt. 19 Uhr: Gasthaus „Drei Rosen“.
- Böwen. 20 Uhr: „Süßenhäuser“.
- Namslau. 19 Uhr: bei Döps, Westvorstadt.
- Neumittelwalde. 20 Uhr: Hotel „Zur Sonne“.
- Reichenstein. 20 Uhr: Gasthaus „Zur Taberne“.
- Saarau. 20 Uhr: Gasthaus „Zur Hütte“.
- Ullersdorf. 20 Uhr: Gasthaus „Zum Viefetal“.
- Wansien. 20 Uhr: Gasthaus „Deutsches Haus“.
- Wohlan. 20 Uhr: Gasthaus „Deutsches Haus“.

### Sonntag, den 21. Februar 1932

- Breslau. 15 Uhr: „Messehof“.
- Brieg. 15 Uhr: „Bergelsaal“.
- Friedland. 18 Uhr: „Grüner Baum“.
- Franckenberg. 20 Uhr: „Zur Brauerei“.
- Gottesberg. 14 Uhr: Hotel „Güldenau“.
- Königszell. 15 1/2 Uhr: „Friedensdenkmal“.

- Vandek. 14 1/2 Uhr: zum „Eisernen Kreuz“.
- Vangenbielan. 15 Uhr: bei Dinter.
- Neumarkt. 14 Uhr: zum „Gelben Löwen“.
- Neurode. 14 Uhr: „Brauereigericht“.
- Nimptsch. 15 Uhr: „Schwarzer Bär“.
- Nels. 16 Uhr: „Stadthalle“.
- Reichenbach. 15 Uhr: Hotel „Zur Sonne“.
- Roßhagen. 15 Uhr: bei Rahn.
- Sandberg. 10 Uhr: Hotel „Sandberg“.
- Schweidnitz. 15 Uhr: „Rolfsgarten“.
- Strehlen. 15 Uhr: „Winiergarten“.
- Trachenberg. 15 Uhr: Gasthaus „Tewes“.
- Trebnitz. 14 Uhr: „Jägerhof“.
- Waldenburg. 10 Uhr: „Erdstein“.
- Weichsel. 15 Uhr: „Deutsches Haus“.
- Groß-Wartenberg. 15 Uhr: „Brauerei“.

### Montag, den 22. Februar 1932

- Glah. 19 Uhr: „Glaher Hof“.
- Dhlau. 20 Uhr: Gasthaus Haupt und Drieschner.

# Hat man in Schleibitz paradiiert? Der Polizeipräsident erklärt

Der Polizeipräsident zu Breslau teilt mit: Am 17. Februar 1932 hatten sich Angehörige der SA der NSDAP aus dem Bezirk Mittelschlesien auf dem Gute des Grafen von Wartenberg in Schleibitz, Kreis Dels, versammelt. Die Teilnehmer waren zu Fuß und auch auf Fahrzeugen nach Schleibitz gekommen. Als hier bekannt geworden war, daß an dieser Veranstaltung auch der Stabschef der SA, Röhm-München, teilnehmen sollte, wurde der zuständige Landrat von Breslau aus entsprechender Verfügung und von diesem sind auch die erforderlichen polizeilichen Maßnahmen getroffen worden. Für die Landeskriminalpolizei kam die Anordnung besonderer polizeilicher Maßnahmen nicht in Frage.

Ein Einzug von Beamten der Breslauer Schutzpolizei ist nicht erfolgt. Die in einem Teil der Presse wiedergebene Behauptung, daß die Polizei schon seit Wochen über die Veranstaltung unterrichtet gewesen sei, trifft nicht zu. Auch betone ausdrücklich, daß für die Polizei kein Anlaß zum Stillstehen über die Veranstaltung in Schleibitz vorlag. Ich habe zur Veranstaltung genommen, mich persönlich an Ort und Stelle zu informieren, um die in letzter Zeit verschiedentlich verbreiteten Gerüchte über die Abhaltung von militärischen Übungen in der Umgebung von Breslau nachzuprüfen. Hierzu lag ganz besonders Anlaß für mich vor, weil gerade auch gestern wieder in den früheren Morgenstunden Mitteilungen über größere Ansammlungen von Personen in Schleibitz mit zugehen. An einer angeleglichen Parade der SA habe ich nicht teilgenommen.

Dieser Erklärung soll offenbar weniger der Aufklärung hinsichtlich des Nazi-Aufmarsches in Schleibitz und Broda, als der Rechtfertigung des Polizeipräsidenten, von dem wir natürlich nicht behauptet haben, daß er etwa neben dem „Stabschef“ (sind die Titelbezeichnungen der Hitzeligen SA bereits für die preußische Polizei maßgebend?) die Parade der SA abgenommen habe, dienen. Deswegen möchte ich aber wohl nicht erwidern, daß der Polizeipräsident die Parade selbst mit der Bezeichnung „angeleglich“, sozusagen als amtlich nicht festgesetzt zu kennzeichnen suchte.

Wir empfehlen der politischen Polizei und dem Herrn Präsidenten die Lektüre der „Schlesischen Tageszeitung“, in der man eine folgende Schilderung des Schleibitzer Aufmarsches lesen kann:

„Als Musik- und Spielmannszug mit dem Eiser-Marsch einsetzten, da marschierte in Sparschlange ein Aufgebot von Männern heran, die fähig und gewillt sind, Schicksals Ruhm in der SA Adolf Hitlers hochzuhalten, wie der Ruhm Krieger in der Regimenter seit Begründung der preußischen Armee bis zur Zeit, als es vor 120 Jahren galt, die Freiheit zu erringen.“

Es ist entschieden bemerkenswert, daß die politische Polizei, deren informatorische Tätigkeit für die ganze Provinz anerkannt, von dem SA-Aufmarsch, der wohl kaum unvorhergesehen hätte sein können, nicht rechtzeitig informiert worden ist. Wenn man dann schließlich den Döber Landrat vergeblich, so wäre aber wohl zu gleicher Zeit im Interesse der Bevölkerung der Provinz, vor allem aber der Arbeiterklasse in den Breslauer Vororten, auf die Möglichkeit vorzugehen

wesen, der Presse Aufklärung zu geben, statt einfach die Zuständigkeitsfrage zum Angelpunkt einer politischen Tagesfrage zu machen. Dem in Bannau ermordeten Landarbeiter ist es vermutlich ziemlich gleichgültig, in wessen Kompetenzbereich man ihn erschlagen hat.

Zimmerhin hat die Breslauer Polizei, was in der Erklärung selbsterwähnt nicht enthalten ist, die Außenbezirke von Breslau-Stadt mit Schutzpolizei besetzt, so daß man wohl füglich von einem „Einzug der Breslauer Schutzpolizei“, wenn auch nicht im Gebietsbereich der benachbarten Großmacht Dels, sprechen kann.

## Der ehemalige Sachsenkönig gestorben

Friedrich August von Wettin, einstmals König aller Sachsen, ist gestern abend in Spillienort infolge eines Schlaganfalls plötzlich gestorben.

Friedrich August war einer jener deutschen Monarchen in der bunten Reihe der deutschen Dynastien, der fern vom Reichstreiben wilhelminischen Größenwahns im wesentlichen nur noch repräsentative Figur eines in sich überalterten und im industriellen Sachsen besonders fähig überlebten Systems war. Seine freiwilligen und unfreiwilligen Waise, seine betonte Pflege der sächsischen Landessprache und sein bekümmertes Aussehen an die Vertreter der Revolution: „Macht euren Dreck nur allecken!“ gehörten ihm sogar eine gewisse freundliche Bekante heitere Bestimmtheit, obwohl natürlich auch Friedrich August Wettin ein Glied jenes Systems war, das das deutsche Volk in drei Klassen teilte, den Menschen erst vom Leutnant der Reserve als solchen wertete und die Befreiungsfreiheit zu unterdrücken suchte.

Etwas aus der Reihe herkömmlicher Standesbegriiffe hat der verstorbene Ertönig durch seine Ehe oder vielmehr durch seine Scheidung von der Erzhersogin Luise von Toskana, die mit Vorliebe den Präsidenten Hof auf den Kopf stellte und schließlich in ihren Remouren behauptet sie lediglich um dem höchsten Zwang zu entgehen — mit einem Sprachlehrer durchbrannte.

## Bürgerkriegsübungen bei Gohlheim

Das die Bewachung der verfassungstreuen Bevölkerung auf dem linken Ufer des großen SA-Flusses von Hauptmann Köhn nicht unbedeutend ist, beweist die oben erwähnten festgesetzten vorläufigen Übungen der Reiterverbände, die nach gerade das Maß der Wahrscheinlichkeit hinsichtlich ihres tatsächlichen Charakters überschreiten.

Es wird uns aus Neumarkt neuerdings berichtet, daß in dem Ruffen bei Neumarkt eine größere Anzahl von Stahlhelmlern einquartiert wurden, die sich hier anscheinend für längere Zeit einzurichten und allerhand militärischen Vorkommnissen teilhaben werden. Es erscheint angebracht, das der Landrat als Vorsitzender dieser Artillerie-Ausnahme-Inspektion, die in Neumarkt einquartiert ist, als es bisher der Fall zu sein scheint.

## Von der „Eisernen Front“

Protestkundgebung in Meleschitz

Anlässlich der Kundgebung der „Eisernen Front“ in Meleschitz waren Saal und Nebenräume des Gausitzes des Gaubaus dicht gefüllt. Unter den Besuchern herrschte noch lebhafteste Erinnerung an den Nazi-Leberfall auf Reichsbannerkameraden.

Vor Beginn seines Referates erhob Genosse Dr. Korn härtesten Protest gegen den feigen Angriff und das Verhalten des Amtsvorstehers Deel, der wohl belächelt angesehen war, obwohl ihm die Arbeiter auch ohne vollzeitliche Bedienung stehend kein Haar gekrümmt hätten.

Als zum Abschluß das Gelöbnis zur nun geschlossenen „Eisernen Front“ erhob und Kampflieder erklangen, meldete er sich wohlwollend nicht zur Diskussion. Mit einem Hoch auf die beteiligten Organisationen und dem Abhängen der Internationale wurde die Versammlung geschlossen, die bei allen Teilnehmern den unauslöschlichen Eindruck hinterließ: Die „Eiserne Front“ marschiert!

## In Neumarkt

marschiert die „Eiserne Front“ am kommenden Sonntag, 14 Uhr im Saal des „Gelben Löwen“ zu einer machtvollen Demonstration auf. Es sprechen: Genosse P. Seibold und Dr. Korn.

Kein Arbeiter, kein Republikaner darf fehlen.

**Roßhagen.** Generalversammlung der SPD. In der Generalversammlung der SPD wurde einstimmig der örtliche Parteivorstand wiedergewählt, der sich wie folgt zusammensetzt: Vorsitzende: Robert Meißner, Johann Marz; Kassierer: Menzel, Mittwoch; Schriftführer: Paul Hain, Hans Florenz. Einen würdigen Abschluß fand die Versammlung in dem Vortrage des Genossen Rahn über „Abrüstung“. Leider war die Zeit für denselben zu knapp bemessen, so daß beschlossen wurde, bald eine öffentliche Versammlung mit diesem Thema folgen zu lassen.

**Klettenberg.** Erfolgreiche SPD-Versammlung. Am 17. Februar hielt die Sozialdemokratie in Klettenberg eine öffentliche Versammlung ab, die von ungefähr 400 Personen besucht war. Genosse Bretthorst-Breslau referierte über das Thema „Demokratie und Diktatur“. In seinem zweieinhalbstündigen Vortrag ging er auf die politische Entwicklung Deutschlands seit 1918 ein und kritisierte in sachlicher Weise die SPD, die NSDAP und SA. Seine Ausführungen wurden mit großem Beifall aufgenommen. In der Diskussion meldete sich ein Parteimitglied zu Wort, der zur Wahl Hitlers aufrief. Mit einem dreifachen Hoch auf die SPD wurde die rubia verlaufene Versammlung geschlossen. Der Ortsgruppenführer gab bekannt, daß am 27. Februar eine Kundgebung der „Eisernen Front“ bei Kramer in Breslau-Gartisch stattfinden, bei der Oberbürgermeister a. D. Leinert-Sannover, spricht.

**Bischdorf.** Die Generalversammlung der Ortsgruppe Bruch-Bischdorf der SPD wurde anschließend an die öffentliche Versammlung am 13. Februar abgehalten. Nach dem Verlesen des Protokolls der letzten Versammlung, gab der Vorsitzende den Jahresbericht und anschließend der Kassierer den Kassenbericht. — Der Revisor, Genosse Genieser, schilderte die gute Kassenführung, worauf die Versammlung dem Vorstand die Entlastung erteilte. Hierauf erfolgte die Wahl des Vorstandes. Zum 1. Vorsitzenden wurde Genosse Schwelbauer, als Stellvertreter Genosse D. Reichelt sen., zum Kassierer Genosse Scholz, als Stellvertreter Genosse Langner, zum Schriftführer Genosse D. Reichelt jun. und Stellvertreter Genosse Genieser bestimmt. Als Revisoren sind Genosse Runkle und Rudolf Richard gewählt, und als Delegierter zu der Unterbezirks-Generalversammlung ist Genosse Paul Scholz bestätigt worden.

**Nimtsch.** „Klassenkampf“ gegen die Arbeiterbewegung. In einer wenig erfolgreichen Kundgebung der Kommunisten beschäftigte sich hier der Redner des Abends ausschließlich mit der Sozialdemokratie, nicht etwa mit dem bürgerlichen Klassengegner oder gar mit den Reichsfeinden. Besonders geeignet zu dieser Frontstellung ist natürlich der neugeborene Kommunist Krethamer, gegen den bekanntlich verschiedene Strafverfahren wegen Veruntreuung von Arbeitergeldein eingeleitet sind. Um von seinen eigenen „Laten“ abzulenken, verurteilte er neuerdings sozialdemokratische Parteigenossen und Reichsbannermitglieder. Hoffentlich vertrauen die kommunistischen Arbeiter diesem regimären Zeitgenossen keine Gelder ihrer Organisation an.

## Sozialdemokratische Partei

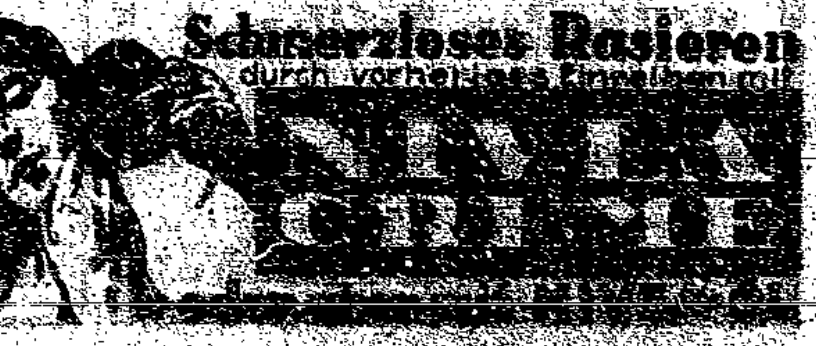
Unterbezirk Breslau-Land/Neumarkt/Nimptsch  
Sekretariat: Margaretenstr. 17, Gartenhaus (Postfach Zimmer 170-174)  
Telephon 9260, 1931  
Sprechstunden: Dienstag, Mittwoch, Freitag von 9-12 u. 16-18 Uhr

## Die Eiserne Front marschiert auf

- am Sonnabend, den 20. Februar:
  - Leipe-Görsdorf: Lokal Fiedoch, 20 Uhr. Redner: Genosse Dr. Korn.
  - Dambitzsch: Lokal Ficker, 20 Uhr. Redner: Genosse Bretthorst.
  - Zaungarten: Lokal Hentschel, 20 Uhr. Redner: Genosse Thiemme.
  - Neumarkt: Lokal Rose, 19 Uhr. Redner: Genosse Wonneberger.
- am Sonntag, den 21. Februar:
  - Neumarkt: Lokal „Gelber Löwe“, 14 Uhr. Redner: Genosse Landrat Seibold und Dr. Korn-Steine.
  - Bruch-Bischdorf: Lokal Schneider, 15 Uhr. Redner: Genosse Stal.
  - Boguslawitz: Lokal Rafter, 15 Uhr. Redner: Genosse Beyer.

## Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold

**Bruch-Bischdorf/Neumarkt**  
Ortsgruppe Neumarkt, Saal des „Gelben Löwen“, Sonnabend, den 20. Februar, 20 Uhr, im Vereinsaal „Gelber Löwe“ Mitgliederversammlung. Pflicht eines jeden Kameraden ist es, an der Beteiligung teilzunehmen. Von 21. bis 23. Februar liegt das Eisernen Buch zur Eingebung aus. Das Buch ... nach in der Presse bekanntgemacht werden.  
Sonnabend, den 21. Februar, 15 Uhr, bei Rahn, Roßhagen, Kundgebung der Eisernen Front. Abhaltung des Reichsbanner-Buch in Gegenwart aller Reichsbanner aus der Umgebung, deren Mitgliedschaft in der Reichsbanner-Breslau-Land-SD.  
Ortsgruppe Bruch-Bischdorf, Sonnabend, 19 Uhr, bei Franke, Mitgliederversammlung.





# WERTHEIM

Dauer der Veranstaltung vom 20. Februar bis 4. März

Morgen beginnt bei uns die

# WEISSE WOCHE

## Größter Sonder-Verkauf des Jahres

Die zu enorm billigen Preisen zum Verkauf kommenden Waren sind für die Weiße Woche besonders vorbereitet, Wäsche zum großen Teil eigene Anfertigung

### China lehnt Japans Ultimatum ab

Japan zerstört die Schanghai-Universität

Die chinesischen Militärs haben die Forderungen des japanischen Ultimatum abgelehnt. Das Ultimatum verlangte die Zerschlagung der chinesischen Truppen in eine Entfernung von 20 Kilometer von Schanghai und die dauernde Anerkennung einer neutralen Zone um die Stadt, ferner die Zerstörung der Boojung-Forts.

Mit dem negativen Ausgang der Zusammenkunft der beiden Führer sind die Aussichten auf einen Frieden fast ganz geschwunden. Der japanische Angriff erscheint jetzt unvermeidlich und die Chinesen sind nach wie vor zum Widerstand entschlossen. Die Japaner haben beschlossen, ihren Angriff auf die chinesische Stellung vom Norden her zu unternehmen und nicht die südlich der Vorstadt Schapei und der chinesischen Linien gelegene internationale Zone als Stützpunkt zu benutzen, damit für die Chinesen kein Grund besteht, die internationale Siedlung zu beschließen. Ob sich die Japaner an dieser Forderung halten, erscheint angesichts der Tatsache fraglich, daß das Gelände nördlich der Stadt von unzähligen Wassergräben, den sogenannten Creefs, durchzogen ist, was einen Angriff von dieser Seite sehr erschwert und vor allem sehr verlustbringend macht.

England sucht durch diplomatische Noten an die chinesische Regierung anlässlich der Lösung zweier englischer Patente die Gefahr für seine Staatsangehörigen in der Siedlung zu vermindern. Die Besorgnis in London ist sehr groß. Neben der unmittelbaren Gefährdung der Stadt steht die Frage, wie der chinesisch-japanische Krieg sich auf die Handelsbeziehungen mit China auswirken wird, im Vordergrund der Erwägungen.

London, 19. Februar. (Eig. Funkenbericht.)

Japanische Truppen sind in das Gebäude der Schanghai-Universität einmarschiert.

Die Studenten leisteten Widerstand. Es entstand ein großer Brand, der auch auf die Bibliothek übergriff. Die Bibliothek befreit aus 300 000 Bänden.

### Ausgezeichnetes Ergebnis der Berliner Rüstwoche

Mehr als eine Viertelmillion Einzeichnungen in die Eisernen Bücher

Das Ergebnis der Rüstwoche der Eisernen Front in Berlin ist am Donnerstag vom Gauverstand des Reichsbanners festgesetzt worden. Danach haben sich in der Zeit vom 11. Januar bis zum 11. Februar in den Sammelstellen 263 436 Personen in die Eisernen Bücher eingetragen. Einige Listen fehlen noch aus. Die endgültige Ziffer wird sich noch um einige hundert erhöhen.

Der Gauvorstand nahm von dem Ergebnis mit Befriedigung Kenntnis; denn es bedeutet propagandistisch und finanziell einen alle Erwartungen übersteigenden Erfolg.

### Nazisturmführer ein verurteilter Landesverräter

Frankfurt a. M., 19. Februar. (Eigener Funkenbericht.)

Der aus der Vogheimer Affäre bekannte heftige Naziabgeordnete Dr. Best besaß die Freizügigkeit, im heftigen Landtag der Sozialdemokratie vorzumerken, sie habe sich an den separatistischen Antrieben beteiligt. Diese unglaublichen An-

griffe wurden von sozialdemokratischer Seite mit der Festsetzung beantwortet, daß der Mainzer Staatsführer der Nazis, Feldmann wegen Landesverrat zum Schaden Deutschlands fünf Jahre Zuchthaus erhalten habe. Die Zeitung der freien Bauernschaft „Der Rhein- und Hessenbauer“, die heute als Nazi-Zeitung angesehen werden müsse, habe beim Abgleich dieses pfälzisch-separatistischen Rebakteurs die einen Nachruf gemeldet, worin die Verdienste dieses separatistischen Verräters gefeiert worden seien.

### Sächsischer Landtag lehnt Volksbegehren ab

Dresden, 18. Februar. (Eigener Drahtbericht.)

Der Sächsische Landtag lehnte am Donnerstag nach einer fünfständigen heftigen Debatte das vom nationalsozialistischen Volksbegehren auf Auflösung des Nationalsozialisten und die Deutschnationalen, also der ewigen Dreieinigkeit, für das Volksbegehren. Mit Rücksicht auf die im März vor sich gehende Reichspräsidentenwahl dürfte der nach der Ablehnung des Volksbegehrens geforderte Volksentscheid erst im April durchgeführt werden.

### Unheiliger Wetterbericht

des Meteorologischen Observatoriums Breslau-Krieger (Wachdruck auch mit Quellenangabe verboten.)

Die gestern in Schlesien eingebrachten kontinental-artigen Kaltmassen haben im Flachlande allgemein härtere Nachfröste ausgelöst. In höheren Lagen hat sich dagegen Frostmilderung eingestellt. Da die Großwetterlage in langsame Veränderungen aufweist, so ist mit Fortdauer der jetzt herrschenden Witterung zu rechnen.

Aussichten für das schlesische Flachland und Mittelgebirge:

Bei östlichen Winden vorwiegend heiter, trockener Nachtfrost, tags über milde.

Aussichten für das schlesische Hochgebirge:

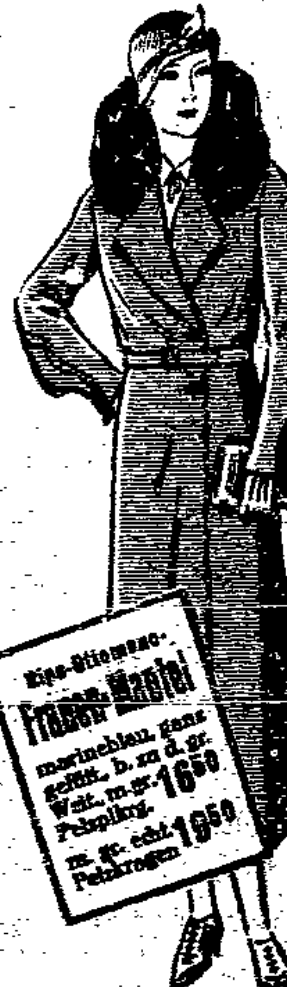
Bei südöstlichen Winden vorwiegend heiter, trockener, Temperaturumkehr.

Brauchen Sie noch einen

## Winter-Mantel?

Wir machen es Ihnen leicht, denn aus einem gewaltigen Post.gute u. beste Stoffe haben wir einige hund.mod.

**Damen- u. Frauen-Mäntel** so billig hergestellt, daß Sie unbedingt einmal in unsere Konfektions-Etage kommen müssen, denn **Schen u. Prüfen kostet nichts!**



Schwarze, marinebl. u. braun. Dam.- u. Frauen- **Velour- und Tuchmäntel** 14<sup>50</sup>

ganz a. schwer. Kunstseid.-Futt., m. echt. u. imit. Pelzkrag, jetzt St. 19.50, 16.50

Schwarze u. marinebl. Ripps- und Ottomane- bis z. d. größt. **Frauen-Mäntel!** Weit, ganz auf Kunstseide gefüllt, m. echt. u. imit. Pelzkrag, jetzt Stück 21.50, 19.50, 16.50

**Tuch- und Ottomane-Frauen-Mäntel** mit echt. Pelzkrag, ganz auf schwerer Kunstseide gefüllt, bis zu den größten Weiten, jetzt Stück 29.00

**Dam.- u. Frauen-Mäntel** reinwollene, glatt u. melierte Stoffe, mit Pelzkragen, alle Größ., regol. bis 55.00, jetzt 36.00, 32.00

1 Restpost. Backfisch- u. jugendl. Dam.- **Winter-Mäntel** aus solid. Stoff, z. größt. Teil ganz auf Kunstseide gefüllt, darunt. fesch. Sport- und andere Formen, Stück 14.50, 9.00, 8.50

Auf alle sonstigen Wintermäntel geben wir durch **Extra-Rabatt** große Preisermäßigung



Am 17. Februar verschied. nach kurzem aber schwerem Leiden mein lieber Mann, unser Vater, Schwieger- und Großvater, Onkel und Schwager, der **Maschinenarbeiter**

### Karl Grüner

im Alter von 54 Jahren. 6088

In tiefer Trauer

**Franziska Grüner geb. Hirsh** nebst Kindern und Anverwandten.

Die Beerdigung findet Sonnabend, den 20. Februar, nachmittags 3 Uhr, in Cosel, nach dem Dissidententeil, statt.

Am 16. Februar verstarb nach kurzer, schwerer Krankheit unser langjähriges Mitglied

### August Schaub

im Alter von 63 Jahren.

Sein Andenken werden in Ehren halten

**Die Mitglieder der Bezirksvereine des Arbeitervereins**

Beerdigung: Sonnabend, 20. Februar, 14 Uhr, von der Kapelle St. Paulus, Cosel. 6085

Am Dienstag, 16. Februar 1932, abends 9 Uhr, verstarb unser Freund und Verhandlungscollege, der **Preuer**

### August Schaub

im Alter von 69 Jahren.

Ein ehrendes Andenken bewahren ihm

**Die Mitglieder der Gewerkschaften Breslens.**

Beerdigung: Sonnabend, 20. Februar, nachm. 4 Uhr, von der Halle des Friedhofs St. Paulus in Cosel.

Am 17. Februar verschied. unser langjähriges Mitglied, der **Fabrikarbeiter**

### Wilhelm Frühauf

im Alter von 67 Jahren.

Ein ehrendes Andenken

**Verbandsmitglieder des Bezirksvereins der Arbeitervereine**

Beerdigung: Dienstag, 22. Februar, nachm. 3 Uhr, in Cosel, Friedhof St. Paulus. — Trauerzeit: Mittwoch, 23. Februar, nachm. 3 Uhr, in Cosel, Friedhof St. Paulus. — Trauerzeit: Donnerstag, 24. Februar, nachm. 3 Uhr, in Cosel, Friedhof St. Paulus. — Trauerzeit: Freitag, 25. Februar, nachm. 3 Uhr, in Cosel, Friedhof St. Paulus.

Ein treues Vaterherz hat aufgehört zu schlagen!

Am 16. Februar verstarb nach langem, schwerem Leiden mein lieber, treusorgender Gatte, unser herzensguter, unvergesslicher Vater, Schwieger- und Großvater, Bruder und Onkel

### August Schaub

kurz vor seinem 69. Lebensjahre.

Breslau, Hellerstraße 4

In tiefstem Schmerz:

Die trauernde Gattin

**Luise Schaub, geb. Gerstmann** nebst Kindern und Enkelkindern.

Beerdigung: Sonnabend, den 20. Februar 1932, nachmittags 4 Uhr, von der Kapelle St. Paulus, Cosel.

## Volksstämmliche Arztkunde

Jeder Band nur **RM. 2.-**

- K. Kap.** Erkennung von Magen- und Darmkrankheiten.
- K. Kap.** Krampfadern und Hämorrhoiden.
- K. Kap.** Erkennung von Rheuma u. Gicht.
- K. Kap.** Schmalblinder.
- K. Kap.** Erkennung der Wechsellähre.
- K. Kap.** Erkennung der Arteriosklerose.
- K. Kap.** Erkennung der Hypertonie.

Zu haben in den **Volkswacht-Buchhandlungen Breslau** Neue Grunpstraße 5 u. Fierzstraße 4-6.

Gebe 1. Kopie **Wesland** 3 Jahre z. Garantie, per-sonliche Beratung, Bekanntheit, Bestenpreis 6. 6089

### Wie keine Anzeige

die Du aufgeben magst, wenn Du wissen, was lesen und lernen willst, gehst in Deine Zeitung

**in die Volkswacht!** Dort ist sie billiger als in der irgendeiner Presse und bringt Dir

**bedeutend Erfolg!**

### Neue Ausgaben

Die neueste Ausgabe **Wesland** für Arbeiter und Arbeiterinnen, 100 Seiten, 2. u. 3. Aufl. 1931, 10 Pf. — 100 Seiten, 1. Aufl. 1930, 10 Pf. — 100 Seiten, 1. Aufl. 1929, 10 Pf. — 100 Seiten, 1. Aufl. 1928, 10 Pf. — 100 Seiten, 1. Aufl. 1927, 10 Pf. — 100 Seiten, 1. Aufl. 1926, 10 Pf. — 100 Seiten, 1. Aufl. 1925, 10 Pf. — 100 Seiten, 1. Aufl. 1924, 10 Pf. — 100 Seiten, 1. Aufl. 1923, 10 Pf. — 100 Seiten, 1. Aufl. 1922, 10 Pf. — 100 Seiten, 1. Aufl. 1921, 10 Pf. — 100 Seiten, 1. Aufl. 1920, 10 Pf. — 100 Seiten, 1. Aufl. 1919, 10 Pf. — 100 Seiten, 1. Aufl. 1918, 10 Pf. — 100 Seiten, 1. Aufl. 1917, 10 Pf. — 100 Seiten, 1. Aufl. 1916, 10 Pf. — 100 Seiten, 1. Aufl. 1915, 10 Pf. — 100 Seiten, 1. Aufl. 1914, 10 Pf. — 100 Seiten, 1. Aufl. 1913, 10 Pf. — 100 Seiten, 1. Aufl. 1912, 10 Pf. — 100 Seiten, 1. Aufl. 1911, 10 Pf. — 100 Seiten, 1. Aufl. 1910, 10 Pf. — 100 Seiten, 1. Aufl. 1909, 10 Pf. — 100 Seiten, 1. Aufl. 1908, 10 Pf. — 100 Seiten, 1. Aufl. 1907, 10 Pf. — 100 Seiten, 1. Aufl. 1906, 10 Pf. — 100 Seiten, 1. Aufl. 1905, 10 Pf. — 100 Seiten, 1. Aufl. 1904, 10 Pf. — 100 Seiten, 1. Aufl. 1903, 10 Pf. — 100 Seiten, 1. Aufl. 1902, 10 Pf. — 100 Seiten, 1. Aufl. 1901, 10 Pf. — 100 Seiten, 1. Aufl. 1900, 10 Pf. — 100 Seiten, 1. Aufl. 1899, 10 Pf. — 100 Seiten, 1. Aufl. 1898, 10 Pf. — 100 Seiten, 1. Aufl. 1897, 10 Pf. — 100 Seiten, 1. Aufl. 1896, 10 Pf. — 100 Seiten, 1. Aufl. 1895, 10 Pf. — 100 Seiten, 1. Aufl. 1894, 10 Pf. — 100 Seiten, 1. Aufl. 1893, 10 Pf. — 100 Seiten, 1. Aufl. 1892, 10 Pf. — 100 Seiten, 1. Aufl. 1891, 10 Pf. — 100 Seiten, 1. Aufl. 1890, 10 Pf. — 100 Seiten, 1. Aufl. 1889, 10 Pf. — 100 Seiten, 1. Aufl. 1888, 10 Pf. — 100 Seiten, 1. Aufl. 1887, 10 Pf. — 100 Seiten, 1. Aufl. 1886, 10 Pf. — 100 Seiten, 1. Aufl. 1885, 10 Pf. — 100 Seiten, 1. Aufl. 1884, 10 Pf. — 100 Seiten, 1. Aufl. 1883, 10 Pf. — 100 Seiten, 1. Aufl. 1882, 10 Pf. — 100 Seiten, 1. Aufl. 1881, 10 Pf. — 100 Seiten, 1. Aufl. 1880, 10 Pf. — 100 Seiten, 1. Aufl. 1879, 10 Pf. — 100 Seiten, 1. Aufl. 1878, 10 Pf. — 100 Seiten, 1. Aufl. 1877, 10 Pf. — 100 Seiten, 1. Aufl. 1876, 10 Pf. — 100 Seiten, 1. Aufl. 1875, 10 Pf. — 100 Seiten, 1. Aufl. 1874, 10 Pf. — 100 Seiten, 1. Aufl. 1873, 10 Pf. — 100 Seiten, 1. Aufl. 1872, 10 Pf. — 100 Seiten, 1. Aufl. 1871, 10 Pf. — 100 Seiten, 1. Aufl. 1870, 10 Pf. — 100 Seiten, 1. Aufl. 1869, 10 Pf. — 100 Seiten, 1. Aufl. 1868, 10 Pf. — 100 Seiten, 1. Aufl. 1867, 10 Pf. — 100 Seiten, 1. Aufl. 1866, 10 Pf. — 100 Seiten, 1. Aufl. 1865, 10 Pf. — 100 Seiten, 1. Aufl. 1864, 10 Pf. — 100 Seiten, 1. Aufl. 1863, 10 Pf. — 100 Seiten, 1. Aufl. 1862, 10 Pf. — 100 Seiten, 1. Aufl. 1861, 10 Pf. — 100 Seiten, 1. Aufl. 1860, 10 Pf. — 100 Seiten, 1. Aufl. 1859, 10 Pf. — 100 Seiten, 1. Aufl. 1858, 10 Pf. — 100 Seiten, 1. Aufl. 1857, 10 Pf. — 100 Seiten, 1. Aufl. 1856, 10 Pf. — 100 Seiten, 1. Aufl. 1855, 10 Pf. — 100 Seiten, 1. Aufl. 1854, 10 Pf. — 100 Seiten, 1. Aufl. 1853, 10 Pf. — 100 Seiten, 1. Aufl. 1852, 10 Pf. — 100 Seiten, 1. Aufl. 1851, 10 Pf. — 100 Seiten, 1. Aufl. 1850, 10 Pf. — 100 Seiten, 1. Aufl. 1849, 10 Pf. — 100 Seiten, 1. Aufl. 1848, 10 Pf. — 100 Seiten, 1. Aufl. 1847, 10 Pf. — 100 Seiten, 1. Aufl. 1846, 10 Pf. — 100 Seiten, 1. Aufl. 1845, 10 Pf. — 100 Seiten, 1. Aufl. 1844, 10 Pf. — 100 Seiten, 1. Aufl. 1843, 10 Pf. — 100 Seiten, 1. Aufl. 1842, 10 Pf. — 100 Seiten, 1. Aufl. 1841, 10 Pf. — 100 Seiten, 1. Aufl. 1840, 10 Pf. — 100 Seiten, 1. Aufl. 1839, 10 Pf. — 100 Seiten, 1. Aufl. 1838, 10 Pf. — 100 Seiten, 1. Aufl. 1837, 10 Pf. — 100 Seiten, 1. Aufl. 1836, 10 Pf. — 100 Seiten, 1. Aufl. 1835, 10 Pf. — 100 Seiten, 1. Aufl. 1834, 10 Pf. — 100 Seiten, 1. Aufl. 1833, 10 Pf. — 100 Seiten, 1. Aufl. 1832, 10 Pf. — 100 Seiten, 1. Aufl. 1831, 10 Pf. — 100 Seiten, 1. Aufl. 1830, 10 Pf. — 100 Seiten, 1. Aufl. 1829, 10 Pf. — 100 Seiten, 1. Aufl. 1828, 10 Pf. — 100 Seiten, 1. Aufl. 1827, 10 Pf. — 100 Seiten, 1. Aufl. 1826, 10 Pf. — 100 Seiten, 1. Aufl. 1825, 10 Pf. — 100 Seiten, 1. Aufl. 1824, 10 Pf. — 100 Seiten, 1. Aufl. 1823, 10 Pf. — 100 Seiten, 1. Aufl. 1822, 10 Pf. — 100 Seiten, 1. Aufl. 1821, 10 Pf. — 100 Seiten, 1. Aufl. 1820, 10 Pf. — 100 Seiten, 1. Aufl. 1819, 10 Pf. — 100 Seiten, 1. Aufl. 1818, 10 Pf. — 100 Seiten, 1. Aufl. 1817, 10 Pf. — 100 Seiten, 1. Aufl. 1816, 10 Pf. — 100 Seiten, 1. Aufl. 1815, 10 Pf. — 100 Seiten, 1. Aufl. 1814, 10 Pf. — 100 Seiten, 1. Aufl. 1813, 10 Pf. — 100 Seiten, 1. Aufl. 1812, 10 Pf. — 100 Seiten, 1. Aufl. 1811, 10 Pf. — 100 Seiten, 1. Aufl. 1810, 10 Pf. — 100 Seiten, 1. Aufl. 1809, 10 Pf. — 100 Seiten, 1. Aufl. 1808, 10 Pf. — 100 Seiten, 1. Aufl. 1807, 10 Pf. — 100 Seiten, 1. Aufl. 1806, 10 Pf. — 100 Seiten, 1. Aufl. 1805, 10 Pf. — 100 Seiten, 1. Aufl. 1804, 10 Pf. — 100 Seiten, 1. Aufl. 1803, 10 Pf. — 100 Seiten, 1. Aufl. 1802, 10 Pf. — 100 Seiten, 1. Aufl. 1801, 10 Pf. — 100 Seiten, 1. Aufl. 1800, 10 Pf. — 100 Seiten, 1. Aufl. 1799, 10 Pf. — 100 Seiten, 1. Aufl. 1798, 10 Pf. — 100 Seiten, 1. Aufl. 1797, 10 Pf. — 100 Seiten, 1. Aufl. 1796, 10 Pf. — 100 Seiten, 1. Aufl. 1795, 10 Pf. — 100 Seiten, 1. Aufl. 1794, 10 Pf. — 100 Seiten, 1. Aufl. 1793, 10 Pf. — 100 Seiten, 1. Aufl. 1792, 10 Pf. — 100 Seiten, 1. Aufl. 1791, 10 Pf. — 100 Seiten, 1. Aufl. 1790, 10 Pf. — 100 Seiten, 1. Aufl. 1789, 10 Pf. — 100 Seiten, 1. Aufl. 1788, 10 Pf. — 100 Seiten, 1. Aufl. 1787, 10 Pf. — 100 Seiten, 1. Aufl. 1786, 10 Pf. — 100 Seiten, 1. Aufl. 1785, 10 Pf. — 100 Seiten, 1. Aufl. 1784, 10 Pf. — 100 Seiten, 1. Aufl. 1783, 10 Pf. — 100 Seiten, 1. Aufl. 1782, 10 Pf. — 100 Seiten, 1. Aufl. 1781, 10 Pf. — 100 Seiten, 1. Aufl. 1780, 10 Pf. — 100 Seiten, 1. Aufl. 1779, 10 Pf. — 100 Seiten, 1. Aufl. 1778, 10 Pf. — 100 Seiten, 1. Aufl. 1777, 10 Pf. — 100 Seiten, 1. Aufl. 1776, 10 Pf. — 100 Seiten, 1. Aufl. 1775, 10 Pf. — 100 Seiten, 1. Aufl. 1774, 10 Pf. — 100 Seiten, 1. Aufl. 1773, 10 Pf. — 100 Seiten, 1. Aufl. 1772, 10 Pf. — 100 Seiten, 1. Aufl. 1771, 10 Pf. — 100 Seiten, 1. Aufl. 1770, 10 Pf. — 100 Seiten, 1. Aufl. 1769, 10 Pf. — 100 Seiten, 1. Aufl. 1768, 10 Pf. — 100 Seiten, 1. Aufl. 1767, 10 Pf. — 100 Seiten, 1. Aufl. 1766, 10 Pf. — 100 Seiten, 1. Aufl. 1765, 10 Pf. — 100 Seiten, 1. Aufl. 1764, 10 Pf. — 100 Seiten, 1. Aufl. 1763, 10 Pf. — 100 Seiten, 1. Aufl. 1762, 10 Pf. — 100 Seiten, 1. Aufl. 1761, 10 Pf. — 100 Seiten, 1. Aufl. 1760, 10 Pf. — 100 Seiten, 1. Aufl. 1759, 10 Pf. — 100 Seiten, 1. Aufl. 1758, 10 Pf. — 100 Seiten, 1. Aufl. 1757, 10 Pf. — 100 Seiten, 1. Aufl. 1756, 10 Pf. — 100 Seiten, 1. Aufl. 1755, 10 Pf. — 100 Seiten, 1. Aufl. 1754, 10 Pf. — 100 Seiten, 1. Aufl. 1753, 10 Pf. — 100 Seiten, 1. Aufl. 1752, 10 Pf. — 100 Seiten, 1. Aufl. 1751, 10 Pf. — 100 Seiten, 1. Aufl. 1750, 10 Pf. — 100 Seiten, 1. Aufl. 1749, 10 Pf. — 100 Seiten, 1. Aufl. 1748, 10 Pf. — 100 Seiten, 1. Aufl. 1747, 10 Pf. — 100 Seiten, 1. Aufl. 1746, 10 Pf. — 100 Seiten, 1. Aufl. 1745, 10 Pf. — 100 Seiten, 1. Aufl. 1744, 10 Pf. — 100 Seiten, 1. Aufl. 1743, 10 Pf. — 100 Seiten, 1. Aufl. 1742, 10 Pf. — 100 Seiten, 1. Aufl. 1741, 10 Pf. — 100 Seiten, 1. Aufl. 1740, 10 Pf. — 100 Seiten, 1. Aufl. 1739, 10 Pf. — 100 Seiten, 1. Aufl. 1738, 10 Pf. — 100 Seiten, 1. Aufl. 1737, 10 Pf. — 100 Seiten, 1. Aufl. 1736, 10 Pf. — 100 Seiten, 1. Aufl. 1735, 10 Pf. — 100 Seiten, 1. Aufl. 1734, 10 Pf. — 100 Seiten, 1. Aufl. 1733, 10 Pf. — 100 Seiten, 1. Aufl. 1732, 10 Pf. — 100 Seiten, 1. Aufl. 1731, 10 Pf. — 100 Seiten, 1. Aufl. 1730, 10 Pf. — 100 Seiten, 1. Aufl. 1729, 10 Pf. — 100 Seiten, 1. Aufl. 1728, 10 Pf. — 100 Seiten, 1. Aufl. 1727, 10 Pf. — 100 Seiten, 1. Aufl. 1726, 10 Pf. — 100 Seiten, 1. Aufl. 1725, 10 Pf. — 100 Seiten, 1. Aufl. 1724, 10 Pf. — 100 Seiten, 1. Aufl. 1723, 10 Pf. — 100 Seiten, 1. Aufl. 1722, 10 Pf. — 100 Seiten, 1. Aufl. 1721, 10 Pf. — 100 Seiten, 1. Aufl. 1720, 10 Pf. — 100 Seiten, 1. Aufl. 1719, 10 Pf. — 100 Seiten, 1. Aufl. 1718, 10 Pf. — 100 Seiten, 1. Aufl. 1717, 10 Pf. — 100 Seiten, 1. Aufl. 1716, 10 Pf. — 100 Seiten, 1. Aufl. 1715, 10 Pf. — 100 Seiten, 1. Aufl. 1714, 10 Pf. — 100 Seiten, 1. Aufl. 1713, 10 Pf. — 100 Seiten, 1. Aufl. 1712, 10 Pf. — 100 Seiten, 1. Aufl. 1711, 10 Pf. — 100 Seiten, 1. Aufl. 1710, 10 Pf. — 100 Seiten, 1. Aufl. 1709, 10 Pf. — 100 Seiten, 1. Aufl. 1708, 10 Pf. — 100 Seiten, 1. Aufl. 1707, 10 Pf. — 100 Seiten, 1. Aufl. 1706, 10 Pf. — 100 Seiten, 1. Aufl. 1705, 10 Pf. — 100 Seiten, 1. Aufl. 1704, 10 Pf. — 100 Seiten, 1. Aufl. 1703, 10 Pf. — 100 Seiten, 1. Aufl. 1702, 10 Pf. — 100 Seiten, 1. Aufl. 1701, 10 Pf. — 100 Seiten, 1. Aufl. 1700, 10 Pf. — 100 Seiten, 1. Aufl. 1699, 10 Pf. — 100 Seiten, 1. Aufl. 1698, 10 Pf. — 100 Seiten, 1. Aufl. 1697, 10 Pf. — 100 Seiten, 1. Aufl. 1696, 10 Pf. — 100 Seiten, 1. Aufl. 1695, 10 Pf. — 100 Seiten, 1. Aufl. 1694, 10 Pf. — 100 Seiten, 1. Aufl. 1693, 10 Pf. — 100 Seiten, 1. Aufl. 1692, 10 Pf. — 100 Seiten, 1. Aufl. 1691, 10 Pf. — 100 Seiten, 1. Aufl. 1690, 10 Pf. — 100 Seiten, 1. Aufl. 1689, 10 Pf. — 100 Seiten, 1. Aufl. 1688, 10 Pf. — 100 Seiten, 1. Aufl. 1687, 10 Pf. — 100 Seiten, 1. Aufl. 1686, 10 Pf. — 100 Seiten, 1. Aufl. 1685, 10 Pf. — 100 Seiten, 1. Aufl. 1684, 10 Pf. — 100 Seiten, 1. Aufl. 1683, 10 Pf. — 100 Seiten, 1. Aufl. 1682, 10 Pf. — 100 Seiten, 1. Aufl. 1681, 10 Pf. — 100 Seiten, 1. Aufl. 1680, 10 Pf. — 100 Seiten, 1. Aufl. 1679, 10 Pf. — 100 Seiten, 1. Aufl. 1678, 10 Pf. — 100 Seiten, 1. Aufl. 1677, 10 Pf. — 100 Seiten, 1. Aufl. 1676, 10 Pf. — 100 Seiten, 1. Aufl. 1675, 10 Pf. — 100 Seiten, 1. Aufl. 1674, 10 Pf. — 100 Seiten, 1. Aufl. 1673, 10 Pf. — 100 Seiten, 1. Aufl. 1672, 10 Pf. — 100 Seiten, 1. Aufl. 1671, 10 Pf. — 100 Seiten, 1. Aufl. 1670, 10 Pf. — 100 Seiten, 1. Aufl. 1669, 10 Pf. — 100 Seiten, 1. Aufl. 1668, 10 Pf. — 100 Seiten, 1. Aufl. 1667, 10 Pf. — 100 Seiten, 1. Aufl. 1666, 10 Pf. — 100 Seiten, 1. Aufl. 1665, 10 Pf. — 100 Seiten, 1. Aufl. 1664, 10 Pf. — 100 Seiten, 1. Aufl. 1663, 10 Pf. — 100 Seiten, 1. Aufl. 1662, 10 Pf. — 100 Seiten, 1. Aufl. 1661, 10 Pf. — 100 Seiten, 1. Aufl. 1660, 10 Pf. — 100 Seiten, 1. Aufl. 1659, 10 Pf. — 100 Seiten, 1. Aufl. 1658, 10 Pf. — 100 Seiten, 1. Aufl. 1657, 10 Pf. — 100 Seiten, 1. Aufl. 1656, 10 Pf. — 100 Seiten, 1. Aufl. 1655, 10 Pf. — 100 Seiten, 1. Aufl. 1654, 10 Pf. — 100 Seiten, 1. Aufl. 1653, 10 Pf. — 1



## Eiferfuchtsstat eines Reichswehrsoldaten

In Regensburg gab ein Reichswehrbesoldeter auf einer Straße gestern Abend auf seine Geliebte und deren Mutter mehrere Schüsse ab. Die Mutter wurde getötet, das Mädchen schwer verletzt. Danach erschoss der Täter sich selbst. Der Reichswehrbesoldete hieß Weizsäcker. Seine Geliebte, die Verkäuferin Engel, ist nach erfolgter Operation an den Folgen der erlittenen Schußverletzung gestorben.

## Der dritte Stadtbankdirektor

In der Donnerstagssitzung des Berliner Klareff-Prozesses wurde als Zeuge der frühere Stadtbankdirektor Schröder vernommen. Schröder war Leiter des Kreditkontrollbüros der Berliner Stadtbank zur Zeit der Gewährung der Klareffkredite. Der Vorsitzende hielt ihm vor, daß er sich seine Garderobe in den Klareffs habe anfertigen lassen, während die Anzüge in der Werkstatt bei der Maßschneiderei Keller & Jurek gemacht worden wären. Schröder, der sein Konto bei den Klareffs im Jahre 1900 mit 1800 Mark erst nach der Verhaftung der Angeklagten beschlagnahmt, will diesen Tatbestand erst später eingestanden haben. Schröder räumte auch ein, daß er bei den Klareffs gewirkt und gewirkt habe. Er meinte jedoch, daß er die Tätigkeit bei der Kreditkontrolle nicht vernachlässigt hätte. Gollmann und Schmidt hat der Zeuge keinerlei Mißtrauen gehegt. Lediglich befah Schröder kaufmännische Kenntnisse nur in beschränktem Maße.

## Fabrikbrand bei Berlin

Durch Großfeuer wurden am Donnerstag Abend in Hagen bei Berlin die Möbel- und Sperrholzwerte der Firma Böhner & Lange eingeeisert. Stundenlang arbeiteten die Besatzungen der Feuerwehren an der Bekämpfung des Brandes. Der größte Teil der Fabrikanlagen bildete, als die Sperrholzwerte brennen und die Siemens-Feuerwehr an der Brandstelle erschienen, ein einziges, riesiges Flammenmeer. Es mußten drei Züge der Berliner Feuerwehre zur Hilfe herangezogen werden. Bei den Aufräumarbeiten zeigte sich, daß das Großfeuer mit fürchterlicher Gewalt gewütet hat. Große Bestände von Sperrholzern und Möbeln, sowie sämtliche Maschinen wurden vernichtet. Die stärksten Eisenträger der Fabrik hatten sich durch die Hitze völlig verbogen.

## Statistik der Reichspost

Die Deutsche Reichspost hat nach einer sechsen fertiggestellten Statistik innerhalb des Deutschen Reiches laut Stichtagsabrechnung täglich 30.042.000 Briefe (1930: 31.423.000) befördert, nach dem Ausland täglich 1.690.000 (1930: 1.541.000), aus dem Ausland 915.000 (1930: 1.038.000); zusammen also täglich 32.647.000 Briefe gegen 31.002.000 Briefsendungen im Jahre 1930. Ferner wurden im Jahre 1931 218.915.000 gewöhnliche Pakete und unregelmäßige Wertpakete innerhalb des Deutschen Reiches befördert, gegen 243.360.000 Stück im Jahre 1930. Die Zahl der Briefsendungen durch Zahlkarten und Postanweisungen belief sich im Jahre 1931 auf 323.677.000 (1930: 339.790.000). Der im Jahre 1931 eingezahlte Gesamtbeitrag belief sich auf 3.355.644.000 Mark. (1930: 2.314.294.000 Mark.) Die Zahl der Postkonten betrug Ende Dezember 1931 1.012.961 (1930: 992.356). Im Jahresdurchschnitt beliefen sich die Guthaben der Postkonten auf 523.300.000 Mark gegenüber 52.600.000 Mark im Jahre 1930. Insgesamt wurden 26.722.000 (1930: 32.883.000) Telegramme befördert und 2.445.013.000 (1930: 2.544.476.000) Telefongespräche vermittelt. Die Zahl der Fernschlüssel betrug 3.157.657 (1930: 3.248.854).

## Mu termord

In Wesmar bei Halle hatte der 21jährige Gastwirt Johann Müller mit seinen Eltern, die sich der beschäftigten Arbeit des jungen Mannes widersetzen, eine heftige Auseinandersetzung. Schließlich zog Müller in höchster Erregung zwei Pistolen aus der Tasche und leste auf seine Eltern. Die auf den Vater gerichtete Waffe verfehlte, während die Mutter ins Herz getroffen wurde und tot zu Boden sank. Der Mörder flüchtete zu seiner Braut; später stellte er sich der Polizei.

## Falschgeld im Main

Spielende Kinder fanden in Frankfurt in dem Flußbett des Main eine größere Anzahl Zweimarkstücke. Dieser auffälligen Entdeckung veranlaßte mehrere Erwachsene, den Kindern das Geld abzunehmen und im Flußbett weiter nach Münzen zu suchen. Das Frankfurter Polizeipräsidium stellte bald fest, daß der „Silberschah“ aus gefälschten Münzen bestand, ließ einige Polizeibeamte das Flußbett abhuchen und konnte mehr als tausend falsche Münzen sicherstellen lassen. Die Münzen waren von den Herstellern mit Wachs umgeben in einem Tuch gewickelt worden und sollten offenbar bei passender Gelegenheit verwertet werden.

## Die Hamburger Zimmerleute

### Es gibt noch Romantik im Handwerkerberuf! — Gespräch mit einem „Fachmann“ . . .

Jeder von uns kennt den „Mann mit dem Kalabreser“: im üblichen Straßenbild fallen die bewußt und gravitätisch schreitenden Gestalten der „Hamburger Zimmerleute“ aus dem Rahmen. Diese mit altertümlichen Gewändern und tiefen großen Hüften bekleideten Gesellen, die meist in Gruppen gehen, mit den weitgeschneitten Hosenbeinen schlendernd. „An sich noch ein moderner Beruf, Sie haben recht!“, meint der Leiter des Arbeitsnachweises für Maurer und Zimmerleute. „Gewiß, ebenso modern, wie der des Automechanikers. Aber das Leben der Gesellen verläuft noch genau so romantisch wie im Mittelalter. M. W. die einzige Junft, die ihre Gebräuche und vor allem ihre Kleidung noch nicht abgelegt hat. Ursprünglich bestand die Junft aus einer Gruppe, seit ungefähr vierzig Jahren hat sie sich in vier Gruppen gespalten, die sich untereinander aufs schärfste bekämpfen.“ — „Weshalb?“ — „Das kommt von ihrem geradezu unheimlichen Stolz. Jede Gruppe hält ihre Fahne hoch, — und wenn sie sich untereinander begegnen, gibt es erbarmungslos Keilerien.“ — „Warum diese große Feindschaft zwischen den Gruppen?“ — „Wodurch unterscheiden sie sich eigentlich voneinander?“ — „Ja, eigentlich nur — durch die Kleidung. Die alte Gruppe von der Junft, das sind die sogenannten „Schwarzsackellen“, — sie binden schwarz ein, dann gibt es „Blotgesellen“, — die binden rot ein, dann die „Kielandsbrüder“ binden blau ein, und dann gibt es noch die „Freien Postländer“, — die binden gar nicht ein.“ — „Was heißt denn „einbinden“?“ — „Das Einbinden bezieht sich auf die Schlüße, die die Zimmerleute um den Hals gebunden tragen, jede Gruppe hat ihre Farbe.“ — „Was ist denn das überhaupt für eine eigenartige Kleidung, die sie tragen?“ — „Da sind zu allererst die „Hamburger Schnitt-hosen“, sie kommen aus Wäulen im Haagland. Die Zimmergesellen tragen sie in schwarz und die Maurer in weiß. Dann tragen sie den „Islander“, das ist ein bunter Sweater und

„Und was geschieht nach den drei Jahren Wanderschaft?“ — „Die Zimmerleute legen die Tracht ab und lassen sich in irgendeiner Stadt als Meister nieder. Es ist kaum zu glauben, was für ein zäher, behäbiger Bürgersmann aus so einem rauffüchtigen Gesellen werden kann!“ — „Woher wissen Sie das eigentlich alles so genau?“ — „Weil ich selber so ein rauffüchtiger Zimmergeselle und drei Jahre auf der Wanderschaft war.“ — L. E. S.

## Baukandal in Köln

In einer Kölner Baugenossenschaft, die bereits seit 25 Jahren besteht, haben sich Unregelmäßigkeiten herausgestellt, die dem vor zwei Jahren ausgeschiedenen Vorsitzenden des Genossenschaftsvorstandes zur Last gelegt werden. Nach vorläufigen Schätzungen soll der Beschuldigte Posten im Betrage von 50.000 Mark, die nicht zu Lasten der Baugenossenschaft hätten gehen dürfen, auf deren Konto verbucht haben.

## Tod am Radiosprecher

Ein fünfzig Jahre alter Eisenbahnbeamter in Hamburg-Wilhelmshöhe hatte sich gestern mit dem Kopfhörer niedergelegt und wollte, um das Licht abzuschalten, den Bequemlichkeit halber die Birne einer elektrischen Lampe einfach locker schrauben. Hierbei muß er in den Lichtstromkreis geraten sein. Er wurde infolge des Erdschlusses sofort getötet.

## Solange schwerer Strafenbahnzusammenstoß

Ein von Oberhausen kommender stark besetzter Straßenbahnwagen fuhr infolge dichten Nebels und Zusammenstoßes verschiedener unglücklicher Umstände auf den von Osterfeld kommenden Wagen auf. Der Zusammenstoß war sehr heftig. Acht Personen wurden verletzt.

## Lauderbach gesteht einen zweiten Mord

Der im Zusammenhang mit dem Fund von Leichenresten in Wien verhaftete Gefangenenaufseher Lauderbach, der diesen Mord bereits zugegeben hat, gestand gestern, am 7. Dezember vorigen Jahres auch eine Witwe ermordet zu haben.

## Hund erschießt seinen Herrn

Ein eigenartiger Unfall hat sich in Jacowa bei Hohenstaufen zugetragen. Der 45jährige Landwirt Buntal wollte auf die Jagd gehen. Beim Verlassen des Hauses stellte er auf der Schwelle das geladene Gewehr noch einmal auf den Boden und hielt es mit der Hand fest. Plötzlich jagte der Hund auf seinen Herrn empor, geriet mit einer Wunde an den Hals des Gewehrs und löste damit einen Schuß. Buntal wurde von unten in den Kopf geschossen und auf der Stelle getötet.

## Verhinderte Theaterpanik

In dem 2000 Personen fassenden Memphorfer Palace-Theater brach am Mittwoch Abend während der Vorstellung ein Brand aus. Durch einen Kurzschlußfunken wurde ein Vorhang auf der Bühne in Flammen gefaßt. Im Zuschauerraum schien eine katastrophale Panik zu entstehen. Die Situation wurde aber durch die Gelistesgegenwart der populären Sängerin Sophie Tuder gerettet. Sophie Tuder, die gerade einen ihrer beliebtesten Schläger vortrug, brach ihren Gesang ab und verstand es, die Zuschauer durch eine kurze Ansprache zu beruhigen. Das Publikum verließ dann in Besonnenheit das Theater. Der Brand konnte nach kurzer Zeit gelöscht werden.

## Blutige Zusammenstöße in einem ungarischen Dorfe

In der Gemeinde Nacia im Komitat Gömör kam es gestern vormittag, als ein Steuerbeamter auf dem Viehmarkt einige Kinder zweier Landwirte, die ihre Steuern nicht bezahlt hatten, verweigern wollte, zu blutigen Zusammenstößen. Die Menge griff die Gendarmen, die den Steuerbeamten begleiteten, mit Steinen und Stöcken an, so daß die Polizisten von der Schußwaffe Gebrauch machen mußten. Zwei Landwirte wurden getötet, zwei schwer und einer leicht verletzt. Mehrere Personen wurden verhaftet.

## Verhafteter Ozeanflieger

Der amerikanische Ozeanflieger Levine ist in Memphor wieder einmal verhaftet worden. Der Untersuchungsrichter wünscht von Levine zu wissen, ob die von ihm für eine Bankankleihe hinterlegten Wertpapiere im Werte von 22.000 Dollar aus einem Diebstahl herrühren . . .

## Der soll Hindenburg wegdrücken



Prinz Oskar von Preußen, ein Sohn von Wilhelm in Doorn und Bruder des Festredner in Delft, ist zum Vorstandsmitglied der Deutschnationalen „Volkspartei“ gewählt worden. Mit dem „Kaiserjohn“ hofft Eugenberg die Reichspräsidentenwahl zu gewinnen.

darüber die sogenannte „Weste“ aus schwarzem Samt mit den großen Hornknöpfen. Als Kopfbedeckung tragen sie entweder den Zylinder oder den Kalabreser. Die Anfänglichen der Junft tragen sogar noch Öhringe und die Nadel mit Art und Winkel-eisen, die Maurer mit Hammer und Kelle.“

„Jetzt würde ich noch gerne etwas über die Junftgebräuche hören, sicherlich gab oder gibt es noch solche.“

„Das will ich meinen! Jeder Geselle muß sich verpflichten, drei Jahre „fremd zu gehen“, das heißt, von der Heimat wegzubleiben. Meister konnte nämlich nur werden, wer drei Jahre auf der Wanderschaft war. Die Marschroute wurde ihm vom Altgesellen oder der Herbergsinnung vorgezeichnet. Er mußte während der ganzen drei Jahre mindestens 50 Kilometer von der Heimat entfernt sein, durfte sich aber an keinem Ort länger aufhalten als sechs Wochen und einen Tag! Kam er in die Herberge, — die Junft hat in jeder Stadt eine Herberge — dann wurde er „ausgeschenkt“. — „Was heißt denn das wieder?“

„Na, es wurde getrunken, es wurde gefeiert, die Schleife des Gesellen wurde an der Wand aufgehängt und er wurde ins Herbergsbuch eingetragen. Die Junft war früher sehr weit verbreitet. Die Gesellen reisten nach England, nach Spanien, sogar bis Ägypten kamen sie. Heute zwar reisen sie nicht mehr so weit, und es wird auch mit der Dauer des Aufenthaltes nicht mehr so genau genommen. Aber immer noch haben sie in jeder Stadt ihre Herberge, und zwar hat heute, wegen der Feindseligkeiten untereinander, jede der vier Gruppen ihre eigene. Es gibt heute noch ungefähr 20.000 zünftige Maurer- und Zimmergesellen.“

## Prinzessin Stemmle

Von G. Th. Notman.



König Langbart trat auf den Storch zu. „Was muß ich sehen?“ sagte er, „bist du schon wieder da? Wie oft habe ich dir schon gesagt, daß du das Land meines Freundes in Ruhe lassen sollst. Aber jetzt wird Schluss gemacht!“ Und damit

Und im Augenblick kamen von allen Seiten Essen und Getränke angefliegen. „Bringt den Storch in den Wald und bindet ihn fest!“ befahl der König. „Morgen Abend, wenn die Sonne untergeht, in Gerichtsung.“ — Die Ketten Gelter machten ihre Entschloß, warfen sie wie Setze um den Storch, und fort ging es.

**Proleten**  
Tonkimbüchse  
Gabelstraße 29-31  
Hofstraße 49  
Beginn 4.30 Uhr  
Letzte Vorstellung 8.30 Uhr  
Ab Freitag, den 19. Februar, bis Donnerstag, den 25. Februar  
**Pat u. Palachen auf Freiersfüßen**  
Eine lustige Filmkomödie mit Pat-Carl Schenck und Palachen-Harald Nitsch  
**Boykott — Primarere**  
Eine Schillertragödie mit Lili Dagover, E. Stahl-Wachauer, Loos Ziller, Kärberger, nach einer Novelle von Arnold Döring  
Freise der Plätze ab 60 Pf. bis 1.50 Mk. — Erwerblos 50%, Ermäßigung  
Sonntag, 21. Februar, ab 1/3 Uhr: Große Wasser-Verstellung  
**Pat und Palachen auf Freiersfüßen — Boykott**  
Eintritt 20 und 30 Pf. — Arbeiter-Sport-Saal



30000 Bergarbeiter streifen im Bergrevier von Dombrowa und Kratau

Warschau, 18. Februar. (Eigener Drahtber.) Im Dombrowaer und Kratau Kohlenrevier sind die Bergarbeiter in Stärke von 30000 Mann am Donnerstag in den Streik getreten. Der Streik ist auf den seit langem andauernden Lohnkonflikt im polnischen Kohlenbergbau zurückzuführen. Der Bergarbeiterverband von Dombrowa und Kratau hatte die Aufhebung der unlängst von den Unternehmern in Vereinbarung mit der Regierung durchgeführten achtprozentigen Lohnkürzung gefordert. Auf diese Forderung erteilten die Unternehmer überhaupt keine Antwort. Die Folge war der Streik der Bergarbeiter. Die Führung des Streiks hat der Sozialistische Bergarbeiterverband inne. Die Gewerkschaften beschließen, im Falle einer längeren Dauer des Streiks im Dombrowaer und Kratau Bezirk auch in Oberschlesien zum mindesten einen teilweisen Streik zu proklamieren. 5000 Saarbergleute werden abgebaut

Saarbrücken, 19. Februar. Die Bemühungen der Bergarbeiterorganisationen, den von der französischen Bergwerksverwaltung beschlossenen Abbau von 5000 Bergleuten zu vermeiden, blieben erfolglos, obwohl die gesamte Belegschaft sich zu weiteren Arbeitsleistungsbereitungen erklärte. Die Bergbauverwaltung hat mitgeteilt, daß bereits am 27. Februar 3000 von der vorgezeichneten Gesamtzahl von 5000 entlassen werden. Darunter befinden sich 800 Saarzügler.

Erfolgreicher Streik der Rhein-Heizungsmonteur

Köln, 17. Februar. (Eig. Drahtbericht.) Eine erfolgreiche Kampfkampagne der Arbeiter im Heizungssektor in Köln hat jetzt mit einem vollen Erfolge der Arbeiter beendet. Der Arbeitgeberverband der Metallindustrie hatte die Absicht, die Heizungsmonitoren unter den ungünstigen Tarif der Metallindustrie zu zwingen. Sie wollten durch ein Lohnstillstand den Lohn von 1,45 auf 1,10 Mark senken. Jetzt ist vor dem Schlichter für das Rheinland ohne Mitwirkung des Arbeitgeberverbandes mit den Firmen direkt eine Vereinbarung getroffen worden, nach der der Lohn auf Grund der Notverordnung auf 1,30 Mark die Stunde festgesetzt wird. Der Angriff der Unternehmer ist also abgeklungen.

So einfach ist das nicht, ihr Herren

Köln, 18. Februar. (Eig. Drahtbericht.) In dem Textilbetrieb von Baldus in Friedrichstal im oberbergischen Land, den die Nazis schon für sich bereits erobert zu haben glaubten, erhielten die Hitlerianer und Stahlhelmer während der Betriebsratswahl 42 Stimmen, während die Gewerkschaftsliste der Gewerkschaften 233 Stimmen auf sich vereinigten.

Sachsens Beamten klagen gegen die Notverordnungen

Dresden, 16. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Die im Landesbund Sachsen des Deutschen Beamtenbundes zusammengeschlossenen Gewerkschaften haben beim Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich Klage gegen das Land Sachsen erhoben mit dem Antrag, alle Reichs- und sächsischen Notverordnungen, soweit sie das Beamtenrecht betreffen und geändert haben, für verfassungswidrig und damit für ungültig zu erklären. Die Kläger sind der Meinung, daß die sächsische Regierung nicht berechtigt gewesen sei, auf Grund der Notverordnungen des Reichspräsidenten ihre Notverordnungen zu erlassen, da sie sowohl die Verfassung als auch verschiedene Landesgesetze zuwiderlaufen.

Berliner wie dazu einen Reichskommissar?

Berliner Staatsrecht für die Reichsregierung. Die Berliner Mißbilligungscommission hat am Donnerstag den sogenannten Einjahrespreis für die Reichsregierung von 12,25 auf 12,25 Pf. erhöht. Es ist davon zu erwarten, daß die Mißbilligung für den Rest des Jahres am 4. Pf. vermindert werden. Wozu haben wir eigentlich einen Preiskommissar? Er sollte sich lieber etwas weniger um den Abbau des Arbeitslosenstandes kümmern, damit er Zeit genug hat, sich seiner eigentlichen Aufgabe zu widmen.

1190 Millionen Mark Zehnbetrag

in der Reichsrechnung von April bis Dezember 1931. In den Einnahmen und Ausgaben des Reiches ergibt sich für das laufende Rechnungsjahr bis Ende Dezember 1931, also für die Zeit vom April bis Dezember 1931, ein Gesamtbetrag von 1190 Millionen Mark. Im ordentlichen Haushalt wird für den Monat Dezember ein Ueberschuß von 91,7 Millionen Mark nachgewiesen. Im außerordentlichen Haushalt ein Defizit von 4,7 Millionen Mark. Insgesamt heißt das im ordentlichen Haushalt für die Zeit vom April bis Dezember 1931 bei 632,4 Millionen Mark Einnahmen und 657,7 Millionen Ausgaben der Zehnbetrag auf 25,3 Millionen Mark. Der Zehnbetrag des außerordentlichen Haushalts betrug 1090,5 Millionen Mark insgesamt. Er verringert sich durch die Schuldentilgung auf 715,5 Millionen Mark. Wichtig war im ordentlichen Haushalt Ende Dezember 1931 ein Defizit von 22,4 Millionen Mark vorhanden. Das Defizit im außerordentlichen Haushalt stellt sich für Ende Dezember auf 115,3 Millionen Mark. Dazu tritt ein Defizit in Höhe von 261,4 Millionen Mark aus dem Reichsrechnung.

Bank von England senkt ihren Diskontsatz auf 5 Prozent

Diese Maßnahme bezeichnet die Tendenz in wichtigen Ländern, den Kredit zu verbilligen und auszuweiten. Man kann damit rechnen, daß vor allem Amerika nach vollzogener Reform seiner Notendeckung dem Beispiel Englands folgen wird. Auch in den norwegischen Ländern trägt man sich mit dem Gedanken einer baldigen Diskontverbilligung. Die Reichsbank könnte eine Herabsetzung des deutschen Diskonts, die hoffentlich bald in Kraft tritt, auf jeden Fall durch den Hinweis auf die seit Wochen festzustellende Schrumpfung der Kreditsumme rechtfertigen.

Die Arbeitslosigkeit der Welt

Uebersicht steigende Zahlen. Die vom Internationalen Arbeitsamt aus den verschiedenen Ländern der Welt gesammelten Zahlen über die Arbeitslosigkeit

Westoberschlesische Knappschicht vor dem Zusammenbruch

Der finanzielle Zusammenbruch der westoberschlesischen Knappschicht steht vor der Tür. Bei der Vorbereitung des Haushaltsplanes der Knappschicht für das Rechnungsjahr 1932/33, die dieser Tage erfolgte, ergab sich, daß ein Ausgleich der Einnahmen und Ausgaben in der Pension- und Krankenkasse nicht möglich ist. In der Pensionkasse reichen die einlaufenden Beiträge längst nicht mehr zur Bestreidung der Rentenanforderungen aus. Es ist völlig unklar, wie nach dem 31. März noch die Pensionen der Rentner weiterbezahlt werden sollen. Außerdem ist die Krankenkasse, obwohl nur noch Pflichtleistungen gewährt werden, in erhebliche Schwierigkeiten geraten.

Zuttermittelkrise und Geflügelhaltung

Durch eine einseitige, auf Hochhaltung der Futtermittelpreise gerichtete Agrarpolitik der Regierung hat sich die bäuerliche Veredelungswirtschaft ständig verschlechtert. Während die Lage der Erzeuger von Rindfleisch und Molkereiprodukten durch die billigere Delfugener

Alle Mitglieder der Arbeiter-, Angestellten- und Beamten-Gewerkschaften

beteiligen sich am Sonntag um 15 Uhr an der

Rundgebung der Eisernen Front

im Reichshof

Die Jahreshauptversammlungen sammeln sich bereits am 14.30 Uhr im Reichshof mit den Sammelstellen und der Geschäftsabteilung des Reichsbanners. Die Aufgabe der Eisernen Front, mit dem Kopf der Nationalsozialisten aller Art gekämpft aufzutreten, ist von den breiten Massen der Arbeitnehmerschaft freudig aufgenommen worden und darf nicht eher nachlassen, bis alle blutrünstigen Bestrebungen der Sozialpolitik im deutschen Volke ausgerottet sind.

Der Erfolg dieser Rundgebung wird besonders den Frauen und erwerbsfähigen Kindern zur Pflicht gemacht, weil die erbitterten die krisenverschärfenden Wirkungen der Bürgerkriegstreiber in der Sorge um ihre Familie am schwersten zu fühlen bekommen und letztere nicht in einer Zukunft voll Ausschweifung und Unterdrückung verfallen sollen. Es heißt unzweifelhaft alle Angehörigen der bedrohten Arbeiterbewegung, nicht nur abzuweichen, sondern auch Widerstand zu leisten, und den Feind der Eisernen Front immer mehr zu isolieren.

Deutsches Reich

des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, des Allgemeinen freien Gewerkschaftsbundes und des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes.

zeigen nach dem Stand Ende November 1931 eine wesentliche Steigerung in allen Ländern im Vergleich zum Stand am gleichen Tage des Jahres 1930. Danach ist die Arbeitslosigkeit in dieser Zeit wie folgt gestiegen:

Deutschland 34 Prozent, Belgien 123 bis 130 Prozent (Wollweberei und Kurzarbeiter), Großbritannien 12 Prozent, Italien 63 Prozent, Niederlande 92 Prozent, Schweiz 41 Prozent, Dänemark 15 Prozent, Estland 34 Prozent, Kanada 80 Prozent, Norwegen 52 Prozent, Vereinigte Staaten 29 Prozent, Ungarn 28 Prozent, Schweden 44 Prozent, Tschechoslowakei 45 Prozent, Estland 45 Prozent, Polen 24 Prozent, Jugoslawien 32 Prozent, Finnland 44 Prozent, Frankreich 556 Prozent, Island 2 Prozent, Dänemark 125 Prozent, Norwegen 128 Prozent und Neuseeland 184 Prozent.

Die prozentual besonders hohe Steigerung in einzelnen Ländern bezeugt nicht mehr über den Umfang der Arbeitslosigkeit in diesen Ländern, bringt vielmehr zum Ausdruck, daß dort die Arbeitslosigkeit Ende 1930 noch ziemlich gering war.

Die Vereinigten Westdeutschen Waggonfabriken in Köln haben aus dem Auftragsbuch der Deutschen Reichsbahn Gesellschaft in Höhe von etwa 80 Millionen Mark einen Auftrag von sechs Millionen Mark erhalten. Demnach dürfte die Gesellschaft auf etwa drei bis vier Monate Beschäftigung haben. Durch Wiedereinstellung von Arbeitern dürfte die Belegschaft in nächster Zeit auf etwa 1500-1600 Arbeiter erhöht werden.

Westoberschlesische Knappschicht vor dem Zusammenbruch

Filterung und die Lage der Schweinemäster durch die Verbilligung der Getreidemäster etwas, wenn auch unzureichend erleichtert wird, tragen die Geflügelhalter die Hauptlast der hohen Futtermittelgetreidepreise. Zwar wird für die genossenschaftlich zusammengeschlossenen Geflügelhalter eines der wichtigsten Getreidefuttermittel, nämlich die Mais, von der Maismonopolverwaltung zu einem ermäßigten Preis abgegeben. Durch die Beschränkung der Maisverteilung auf die Mitglieder der Eierverwertungsgenossenschaften wird aber nur ein Teil der Geflügelhalter gebilligt. Die Beschränkung auf einen Teil der Eierzeuger erfolgt deshalb, weil man die genossenschaftliche Eierverwertung fördern und gleichzeitig eine Qualitätsverbesserung der für den Markt gelieferten Eier erzielen wollte. Jeder Geflügelhalter soll durch die Preisdifferenz zwischen verbilligtem und gewöhnlichem Mais gezwungen werden, sich einer Verwertungsgenossenschaft anzuschließen. Durch diese Begünstigung der Genossenschaften, die deren Mitglieder sich durch den verbilligten Maisbezug ein Kostenentzug von früher 2 und jetzt 1 Pfennig pro Ei ergibt, hat der genossenschaftliche Absatz einen starken Aufschwung erfahren. Im Jahre 1929 wurden von den Eierverwertungsgenossenschaften nur 80 Millionen Eier erfasst, im Jahre 1930 dagegen 550 Millionen Eier.

Die Förderung des genossenschaftlichen Verwertungsgebändes für landwirtschaftliche Erzeugnisse wird auch von uns durchgebilligt; wird jedoch durch die Bevorzugung ein großer Teil der nicht landwirtschaftlichen Geflügelhalter, die sich keiner Eierverwertungsgenossenschaft anschließen können, benachteiligt. So ist diese Regelung der verbilligten Maislieferung eine traurige Ungerechtigkeit. Auch kann die Förderung der Eierverwertungsgenossenschaften nur dann gebilligt werden, wenn die Geflügelhalter die Eier durch Ablieferung an die Genossenschaften mindestens den gleichen Preis verdienen können wie durch freihändigen Verkauf. Klagen dagegen die Genossenschaften ihre Vorzugstellung dadurch aus, daß sie die Eier nur zu einem geringeren Preis abnehmen, was vielfach vorkommt, so wird durch die Maisverbilligungsaktion nur die genossenschaftliche Organisation subventioniert. Weil von den Genossenschaften selbst im vergangenen Jahre nur 12 Prozent der an den Markt gelangenden Inlandsproduktion erfasst worden sind, kommt nun ein sehr geringer Teil der deutschen Eierzeugung in den Genuss des verbilligten Mais. Nicht einmal alle landwirtschaftlichen Geflügelhalter werden durch die Verbilligungsaktion erfasst. 25 Prozent des deutschen Hühnerbestandes befinden sich aber nicht in landwirtschaftlichen Betrieben, sondern müssen Futtermittel kaufen. Für einen Teil der deutschen Eierproduktion kommt die der jetzigen Regelung eine Verbilligung ihrer Produktionskosten durch Maisbezug zum ermäßigten Preis überhaupt nicht in Frage. Diesen Hühnerhaltern geht es ganz besonders schlecht. Der Rückgang der Geflügelzucht um etwa 1,6 Prozent im letzten Jahre ist in der Hauptsache auf die Einschränkung des Maisbezug zu verweisen. Will man daher vermeiden, daß der Rückgang der Geflügelzucht fortgeschreitet, so muß unbedingt eine Senkung der Produktionskosten für diesen Teil der deutschen Eierzeugung möglich gemacht werden.

Deshalb ist es notwendig, daß die Verbilligung der Maiserträge ausgedehnt wird. Der einfachste Weg wäre, landwirtschaftlichen Hühnerhaltern verbilligten Mais zugänglich zu machen. Jeder Hühnerhalter erhält vom Gemeindevorstand eine Befreiung, daß er so und so viele Hühner hat und auf Grund dieser Befreiung kann er Maisbezugsgeld verlangen. Zum Einkauf von verbilligten Mais berechneten. Außerdem aus dem Genossenschaftslager dürfen der Erfüllung dieser Forderung nicht im Wege stehen. Tausende von Geflüglern, die sich erst vor wenigen Jahren eine Hühnerhaltung angeeignet haben, sind schon aufgegeben oder stehen dicht vor ihrem Ruin, wenn nicht sofort Hilfe gebracht wird. Eine Zollbefreiung, wie sie der Reichsregierungsmittler will, nützt ihnen nichts. Der Eierproduzent gegenüber Hühner- und Gänsehaltern gebunden und es wäre absoluter Wahnsinn, auf dem Verbandswege eine solche Befreiung zu erreichen, wenn damit eine Befreiung anderer handelspolitischer Beziehungen eintritt. Bei der geringen Kaufkraft der Verbraucher ist nicht eine durch Zollbefreiung erzielte Preisbilligung der deutschen Verbraucher zu erwarten, weil der Kaufmann sofort auf jede Preisbilligung durch Zollbefreiung reagieren wird. Deshalb besteht die einzige Möglichkeit, die Hühnerzeugung in einer Senkung ihrer Produktionskosten, d. h. in erster Linie in einer Senkung der Futtermittel- und anderer Futtermittelpreise.

Die amerikanischen Kreditverweigerungsprojekte haben nicht nur Preissteigerungen an der Berliner Produktendörse bewirkt, sondern auch auf den Baumwollmärkten ist eine nicht unerhebliche Preissteigerung eingetreten. So erzielte sich auf dem Weltmarkt für Baumwolle am 3. Februar pro Allogramm ein Preis für Baumwolle um 0,2 Pfennig pro Meter. Der Baumwollmarkt ist auf die Dauer von fünf Jahren zu erwarten. Auf den Karzeln die Deutsche Warenhandelsbank, entfallen 90 Prozent der Reichsbahnbestellungen, die auf die einzelnen Firmen umgelegt werden.